

„Erinnern und Begreifen“
Bisherige und künftige Aktivitäten
der
Regionalen Arbeitsgruppe
Rhein-Ruhr West

Unterlagen für die Mitgliederversammlung
vom 29. September 2005, 18.00 – 19.30 Uhr, im
Jüdischen Gemeindezentrum
Springwall 16, 47051 Duisburg

im Anschluß:

Die nächsten Aufgaben im Kampf gegen den Antisemitismus

Prof. Arno Lustiger (Frankfurt)

Vortrag mit Aussprache

Veranstaltergemeinschaft:

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., RAG Rhein-Ruhr West

Gesellschaft für christlich – jüdische Zusammenarbeit Duisburg – Mülheim – Oberhausen e.V.

Bündnis für Demokratie und Toleranz in Duisburg e.V.

Einführung

Einige wenige Worte seien zum Charakter der Ihnen nun zugesandten, doch recht umfangreichen Unterlage vorweg geschickt:

Wir haben es für sinnvoll erachtet, anlässlich der nun dritten Mitgliederversammlung mit Wahlen zum Sprechergremium / Arbeitsausschuß Ihnen eine Unterlage zu erstellen, die Ihnen eine Beurteilung der gesamten Arbeit wie der weiter verfolgten Absichten ermöglicht.

Ihnen liegt also eine Kombination von Rechenschaftsbericht und Konzeptionspapier vor – und um dieses nachvollziehbar zu halten, haben wir als Form der Darstellung das „Handbuch“ gewählt. Auf der folgenden Seite finden Sie eine Übersicht mit den Gliederungspunkten / Themengebieten – und Sie können je nach Wunsch die konzeptionellen Überlegungen näher nachlesen. Ergänzt wurde die Darstellung um Übersichten mit den bisherigen Aktivitäten sowie einzelnen älteren Veröffentlichungen im Auszug.

Auf diesem Wege hoffen wir einem Mißstand Abhilfe schaffen zu können, dessen Folgen uns immer wieder begegnen: Für Mitglieder, die in die engeren Arbeitsprozesse nicht involviert sind, besteht eine Nachvollziehbarkeit nur aufgrund von Einzeleinladungen – also letztlich doch wieder nicht.

Nun, so hoffen wir, sind wir unserer Pflicht nachgekommen und haben bezogen auf unsere wesentlichen Absichten und Vorgehensweisen nach innen hin die erforderliche Transparenz geschaffen.

Nachgetragen sei nur der Hinweis auf zwei offene, in Vorbereitung befindliche Projekte: Grundsätzliche Absprachen zu einer regelmäßigen Veranstaltungsreihe „Duisburger Gespräche“ wurden aufgenommen; und herangetragen an unsere RAG wurden Überlegungen, ein „Unternehmensnetz“ zur Förderung des sogenannten „zivilgesellschaftlichen Engagements“ zu unterstützen.

Übersicht

Die Mitgliederversammlung vom 29. September 2005	4
Tagesordnung	
Die Arbeitsstrukturen der RAG Rhein-Ruhr West	5
Der Arbeitsausschuß	5
Der Arbeitsausschuß 2005 – 2007	7
Der Arbeitsausschuß 2004 – 2005	9
Das Arbeitskonzept der RAG Rhein-Ruhr West	10
Das Selbstverständnis: Politische Bildungsarbeit im „Verfassungsbogen“	10
Arbeitskreis „Erinnern und Begreifen“: Wer wir sind und was wir wollen!	14
Das inhaltliche und räumliche Aufbaurückblick	15
Geschäftsordnung für die RAG Rhein-Ruhr West	19
Die ständigen Veranstaltungstermine (Gedenktage)	25
Der <i>Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus</i>	26
Der 27. Januar in Duisburg 2006 – 2010 (Planung)	27
Der 27. Januar in Duisburg 2001 – 2005 (Bericht)	29
Das Fünf-Jahres-Konzept vom 27. Januar 2000	32
Der <i>Europa-Tag</i> am 9. Mai	34
Der <i>Verfassungstag</i> am 23. Mai als Festtag	35
Der <i>17. Juni</i> in Duisburg 2003 – 2009	37
Der <i>Tag der Menschenrechte</i> am 10. Dezember	39
Wettbewerbsbeitrag <i>Aktiv für Toleranz und Demokratie</i>	40
Die Geschichte des anderen Deutschlands	44
Deutsche Intellektuelle im Exil	46
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold	49
Gottfried Kőnzgen-Archiv zu Widerstand und Verfolgung von Demokraten	51
Der 10. Mai als Tag der Geistesfreiheit	52
Pflege der bestehenden Denkmale & Gedenken an die Opfer	54

Mitgliederversammlung 2005

29. September 2005, 18:00 - 19:30 Uhr

Jüdisches Gemeindezentrum, Springwall 16, 47051 Duisburg,

Tagesordnung:

- 1. Bericht über die Jahre 2003 – 2005**
- 2. Aussprache**
- 3. Arbeitsplan und Regularien**
- 4. Neuwahlen**

Die Arbeitsstrukturen der RAG Rhein-Ruhr West

Im Folgenden werden erst einmal summarisch die Organisationsform und die Arbeitsweise der RAG dargestellt. Die Unterlage gliedert sich wie folgt: Nach einer kurzen Darstellung des Arbeitsausschusses finden Sie die Vorschlagsliste für die Jahre 2005 – 2007, nachrichtlich zudem eine Übersicht über die Funktionsträger in den Jahren 2004 – 2005. Eine ausführliche Darstellung der Arbeitsweise des Arbeitsausschusses finden Sie sodann ab S. 19.

Der Arbeitsausschuß

Der Arbeitsausschuß der RAG ist das eigentliche Zentrum der Aktivitäten der damaligen Sektion Duisburg – Mülheim – Oberhausen der RAG Rhein-Ruhr, wenn man so will ihr „Vorstand“. Er ist entstanden aus dem im Mai 2001 gebildeten Sprechergremium von fünf gleichberechtigten Sprechern, unter ihnen als *primus inter pares* ein Koordinator. Mit der Umwandlung der Sektion in die Regionale Arbeitsgruppe (RAG) Rhein-Ruhr West wurden die Funktionsbezeichnungen denen der anderen RAGs im Bundesgebiet angepaßt: Sprecher wurde die Benennung des „Vorsitzenden“, die bisherigen Sprecher fungierten von da an als Stellvertreter. Schon damals wurde ein Beschluß gefaßt, mit den turnusmäßigen Neuwahlen die Anzahl der Stellvertreter abzuschmelzen und die Fachzuständigkeiten personell auszubauen. Der sich anschließende Personalvorschlag für die Amtsperiode 2005 – 2007 trägt diesem Beschluß Rechnung und führt die Entwicklung zu einer differenzierten und handlungsfähigen Vorstandsstruktur fort. Ergänzt wurde der Vorschlag um zwei weitere Organisationselemente: Die Funktion der ständigen Berater und die Benennung von Rechnungsprüfern auf freiwilliger Ebene.

Zur Begründung in Kürze: Bei den „ständigen Beratern“ handelt es sich um einen Personenkreis, dessen Anregungen und Vorschläge beständig in die Arbeit einfließen,

die jedoch nicht im Arbeitsausschuß mitwirken. Um im Binnen- wie im Außenverhältnis Transparenz zu sichern, wollen wir die entsprechenden Personen in Zukunft auch benennen. Bezüglich der freiwilligen Benennung von Rechnungsprüfern muß auf folgenden Umstand hingewiesen werden: Die Umsätze der RAG steigen beständig, im Zuge von Veranstaltungsgemeinschaften steigt auch die Komplexität der Finanzierungsstrukturen – von unterschiedlicher Seite werden Finanzmittel oder geldwerte Leistungen zur Verfügung gestellt. In Zukunft sollen nicht nur die direkten eigenen Kosten wie bisher mit der Geschäftsführung in Berlin abgerechnet werden, sondern auch Transparenz über die Kosten der einzelnen Aktionen geschaffen werden, um den einzelnen Aktionspartnern Rechenschaft ablegen zu können. Hier auf die sachliche und rechnerische Richtigkeit zu prüfen, ist mit Sicht auf die weitere Entwicklung eine vertrauensbildende Maßnahme.

Arbeitsausschuß der RAG Rhein-Ruhr West 2005 – 2007

**Persönliche Angaben nicht vollständig veröffentlichungsfähig.
Daher ist Passus vollständig gestrichen!**

**Persönliche Angaben nicht vollständig veröffentlichungsfähig.
Daher ist Passus vollständig gestrichen!**

Arbeitsausschuß der RAG Rhein-Ruhr West 2004 – 2005

Persönliche Angaben nicht vollständig veröffentlichungsfähig.

Daher ist Passus vollständig gestrichen!

Das Arbeitskonzept der RAG Rhein-Ruhr West

Die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr West entwickelte sich über verschiedene Zwischenschritte aus dem im Jahre 2000 konstituierten Duisburger *Arbeitskreis* „*Erinnern und Begreifen*“. Nach dem gemeinschaftlichen Beitritt zur bundesweiten Vereinigung „*Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.*“ arbeitete die Gruppe bei einer hohen personellen Kontinuität und bei einem langsamen, aber beständigen Ausbau der politischen Bandbreite und der organisatorischen Trägerschaft an der schrittweisen Umsetzung und Fortschreibung des Anfang 2000 verabschiedeten Handlungskonzeptes.

Bevor dieses im Detail im Folgenden vorgestellt wird, seien einige wenige Worte zum Selbstverständnis und zum inhaltlichen und organisatorischen Aufbaukalkül gesagt.

Politische Bildung im und für den „Verfassungsbogen“

Weder der *Arbeitskreis* „*Erinnern und Begreifen*“ noch die jetzige RAG Rhein-Ruhr West haben sich jemals als politischer Aktionszirkel verstanden. Noch bestand jemals der Anspruch, eine Art „Dachverband“ aller Demokraten im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu werden. Für beides gibt es besser geeignete Träger.

Wir hatten uns eine andere Aufgabe gestellt: Politische Bildungsarbeit in der Bandbreite des „Verfassungsbogens“, getragen von der „Bandbreite des Verfassungsbogens“. Im Kern handelt es sich um ein Konzept, das schon in den 50er Jahren mit Erfolg praktiziert wurde, bevor es in den 70er Jahren aufgrund der inneren Polarisierungen in der Bundesrepublik Deutschland zerbrach.

Die Entwicklungen seit Ende der 80er Jahre machten es augenscheinlich, daß sowohl

im Westen wie im Osten der 3. Deutschen Republik ein wachsender Bedarf – nicht nur, aber vor allem im Jugendbereich – an der Wiederaufnahme einer solchen Tätigkeit bestand. Die im Jahr 2001 verabschiedete Erklärung des *Arbeitskreises* „*Erinnern und Begreifen*“ weist auf die eigentliche Aufgabe im Rahmen einer solchen Arbeit hin: Die Ursachen für die deutsche Katastrophe zu begreifen und lagerübergreifend Vorsorge gegenüber analogen Entwicklungen zu treffen – und nicht danach zu streben, die Auseinandersetzungen der 20er Jahre mit 80er Jahren Verspätung wenigstens auf dem Papier für sich zu entscheiden.

Deutlich wurde diese Absicht daran, daß es uns nie darum ging, eine „Einheit der Antifaschisten“ zu strukturieren – diese würde auch explizit antidemokratische Milieus umfassen. Die intendierte „Einheit der Demokraten“ ist substantiell bedeutend enger gefasst; aufgrund der Bedeutungslosigkeit radikaler linker Strömungen findet vom personellen Einzugsbereich jedoch kaum eine weitere Reduktion statt.

Wohl existiert ein beständiges Erfordernis, bezogen auf – die zumeist übersehenen – politischen Bildungselemente in den gewählten Aktionsformen die inhaltliche Auseinandersetzung mit den bestehenden Resten des historisch untergegangenen Linksextremismus zu führen, um einer erneuten Polarisierung der Gesellschaft in der Mitte vorzubeugen. Dieser Aufgabe haben wir uns – hinter den Kulissen – auch gestellt und werden uns ihr auch in Zukunft nicht entziehen.

Wir haben in diesen Jahren gelernt, daß die Vermittlung einer solchen strukturellen Bildungsabsicht auch 30 Jahre nach der letzten großen Polarisierungswelle mehr Geduld erforderte, als wir anfangs vermuteten. Die „Zumutung“, als „Roter“ zu einer Veranstaltung mit der „schwarzen“ Hanna-Renate Laurien zu gehen, war größer, als wir vermuteten – ebenso gilt dies bei umgekehrten Vorzeichen.

Überzeugend war vor allem die Reihe inhaltlicher Veranstaltungen; trotzdem bedurfte es zusätzlicher Anstrengungen, die einfache Einsicht zu vermitteln: daß

Referenten, die einem nur die eigene Meinung erzählen, auf Dauer keine Attraktivität haben und daß bei einer Veranstaltung, bei der man sich nicht zumindest ein bißchen ärgern und reiben kann, der Unterhaltungsfaktor nicht stimmt. Steter Tropfen höhlt den Stein – und wir sind auf diesem Wege eine gehörige Strecke weitergekommen.

Auf die Zukunft bezogen sehen wir in einer solchen Vorgehensweise zugleich einen weiterreichenden Beitrag zur Stützung unserer demokratischen Ordnung. Ein politischer Nachwuchs, der auf diesem Wege seine Positionen bildet, dürfte anderen Auseinandersetzungen inhaltlich besser gewachsen sein, als Jungaktivisten, deren geistiges Futter nicht über die Kenntnisnahme der eigenen Couleur hinausgeht. Reduziert haben sich die bisherigen Aktivitäten auf die klassischen Instrumente einer Bildungsarbeit, und dies war auch gewollt. Die Möglichkeiten gemeinwesenorientierter Ansätze zur Nutzung der ihnen innewohnenden Bildungs- und Vermittlungsmöglichkeiten wurden zwar angedacht, aber noch nicht genutzt. Dies war nicht nur der Begrenztheit der eigenen Kräfte geschuldet, sondern entspricht selbst noch einmal einer vernünftigen Umsetzung solcher Überlegungen. Vereinigungen zur politischen Bildungsarbeit sollten nicht versuchen, ihren Charakter als Minderheitenvereinigungen im Hintergrund zu verändern und selbst unmittelbar „Massencharakter“ zu gewinnen. Alle unmittelbar in den verschiedenen sozialen Sektoren tätigen Institutionen würden sie in diesem Moment als Konkurrenz erfahren und ihre Unterstützung, die für einen dauerhaften Erfolg der Bildungsanstrengungen erforderlich bleibt, sukzessive entziehen.

Gedanken entwickeln, Impulse setzen und sie auf dem Weg der Umsetzung begleiten, diese Aufgaben kann eine Vereinigung wie die unsrige wahrnehmen – und wir freuen uns darüber, daß auch auf diesem Wege erste Erfolge sichtbar werden: So wird nun aufgrund einer überfraktionellen Entschließung des Duisburger Stadtrates die Einrichtung eines Dokumentationszentrums über die NS-Jahre in Duisburg vorbereitet. Ein solches Zentrum haben wir mit Sicherheit nicht als erste gefordert, aber wir haben einen Beitrag dazu geleistet, diese Diskussion wieder aufzunehmen.

Nach langer Zeit haben wir dieses Vorhaben mit unserem ersten Fünfjahres-Konzept wieder ins Gespräch gebracht.

Arbeitskreis „Erinnern und Begreifen“: Wer wir sind und was wir wollen!

Der Arbeitskreis „Erinnern und Begreifen“, seine Ziele und Zwecke, seine Zusammensetzung, alle diese ersten Fragen lassen sich leicht beantworten: Wir sind ein Kreis „streitbarer Demokraten“, überparteilich und überkonfessionell.

„Streitbar“ aber nicht in dem Sinne, daß die Forderungen nach entleerter Repression erhoben würden, die diesen Begriff einmal in Verruf gebracht haben. Streitbar in dem anderen, in dem aufklärerischen, in dem liberalen Sinne: Wir suchen die inhaltliche Auseinandersetzung, wir suchen das Gespräch über beides, die deutsche Vergangenheit wie unsere europäische Zukunft. Auch mit denen, die die Verpflichtungen, die sich aus beidem ergeben, noch nicht verstanden haben. Um sie zu überzeugen, um sie vom falschen Trip herunterzuholen.

Damit ist indirekt aber auch ein Unterschied unserer Bemühungen zu einer Diskussionsanlage bezüglich dieser Themen, die sich in der 70er Jahren entwickelte und bis heute dominant blieb, benannt: Uns geht es nicht darum, die Fronten (man muß fast sagen: Bürgerkriegsfronten) der Weimarer Republik intellektuell wieder aufzuwärmen, um dann Aschenputtel spielen zu wollen: Die Schlechten ins Töpfchen, die Guten ins Kröpfchen!

Wer sich mit dem Vorlauf des Nationalsozialismus einigermaßen beschäftigt hat, wird feststellen: In der Weimarer Republik haben sich alle großen Kräfte nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Vieles aber, was uns heute unverständlich und bizarr oder sogar widerwärtig und verachtungswürdig erscheint, war Comment der Zeit, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa.

Wir wollen uns einer Anstrengung stellen, der sich inzwischen Teile der Wissenschaft gestellt haben, die aber im öffentlichen Raum noch nicht durchgedrungen ist: Den menschheitshistorischen Umbruch, der in den Jahren 1880 bis 1950 die gesamte Welt erschütterte und alle alten Kräfte in die Bedeutungslosigkeit verwies, selber zu begreifen und zugleich begreifbar machen. Wegen dieser noch nicht verarbeiteten Umwälzungen konnte noch keine neue stabile, Ordnung errichtet werden. Eine solche Ordnung aufzubauen, in der ein für alle Mal sichergestellt ist, daß die Exzesse, die in diesen Jahren stattfanden, nie wieder stattfinden können, wird die Aufgabe künftiger Generationen sein. Die Voraussetzungen hierfür zu schaffen, das ist die Aufgabe der Lebenden.

Einer solcher Aufgabe stellt man sich nicht, wenn man sie dahingehend mißversteht, mit einem *Null-Acht-Fuffzehn-Antifaschismus* - er ist unstrittig besser als keiner - gebetsmühlenartig die Greuel zu beschwören. Wenn man Pech hat, fördert man hierdurch sogar versehentlich den politischen Feind. Denn eins wird in der deutschen Öffentlichkeit immer übersehen: Die negative Apologie, die Dämonisierung ist auch eine Überhöhung. Grundsätzliche politische Botschaften erarbeiten und vermitteln - wenn man das will, dann darf man auch die andere Funktion des *Null-Acht-Fuffzehn-Antifaschismus* nicht weiter dulden: Instrument des Mobbing zu sein, den politischen Gegner mit dem politischen Feind zu identifizieren, um ihn in eine Ecke zu treiben. Berühmtestes Opfer eines solchen Unrechts war Philipp Jenninger. Er ist nicht bloß seinen eigenen rethorischen Schwächen, sondern vor allem der Bereitschaft zur böswilligen Interpretation des Gehörten wie der irrigen Vorstellung, der Antifaschismus sei ein Parteieigentum der politischen Linken im weitesten Sinne, zum Opfer gefallen. Mit dieser Tradition wollen und werden wir brechen.

Wer schon in jedem Konservativen einen Nazi vermutet, ist bei dem Versuch, Jugendliche vor einem Gang in die Irre zu bewahren, kein geeigneter Bundesgenosse. Der erforderliche wechselseitige Grundrespekt im „Verfassungsbogen“ bedeutet jedoch nicht, daß in der Sache nicht scharfe Kontroversen entstehen können und diese auch durchzustehen sind. Schließlich ist es unstrittige Absicht aller Beteiligten, eine Wiederauflage - und sei es auch im Miniaturformat - des Damaligen zu verhindern. Die Menetekel stehen aber seit Jahren an der Wand - und damit steht die Gretchenfrage im Raum: Habt Ihr den kategorischen Imperativ der deutschen Politik nach Auschwitz begriffen? Dient Eure Politik der Faschismus-Prophylaxe oder verbessert Ihr mittelbar und unmittelbar die Erfolgsbedingungen dieser Sorte Volksgenossen? Leistet Ihr einen versehentlichen Beitrag für den Wiederaufstieg der braunen Couleur oder einen Beitrag zu einem wirksamen Containment? An der Beantwortung dieser Frage läßt sich heute politische Glaubwürdigkeit festmachen.

(August 2001)

Das inhaltliche und räumliche Aufbaukalkül

Der Aufbau einer Arbeitsgruppe mit dem breiten Spektrum, wie es inzwischen im Rahmen der RAG repräsentiert ist, kann sehr schnell daran scheitern, daß es zwar gelingt, eine auf Konsens orientierte Willensbildung zu etablieren, daß es jedoch schon nicht mehr gelingt, einen gleichermaßen realistischen wie erfolgsorientiert expansiven Handlungsrahmen zu definieren. Nur wenn ein solcher Rahmen, der auch die Mindestansprüche an die eigene Arbeit definiert, festgelegt wird und es gelingt, Formen von zeitökonomisch knappen, aber wirksamen Entscheidungsprozessen zu etablieren, kann eine solche Arbeit gedeihen.

Die regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen (Gedenktage) stellen für uns ein solches Korsett dar, und wir versuchen zugleich, in der Gestaltung derselben die Gefahr einer leeren Ritualisierung zu bannen. Ritualisierung selbst war im Ausgangspunkt nicht nur konzidiert, sondern ein gewähltes Verfahren. Die Formen der symbolischen Kommunikation mögen in den letzten Jahren in bestimmten Alterskohorten unbeliebt bis verachtet gewesen sein, trotzdem sind es unerläßliche Mittel jeder flexiblen Massenkommunikation. Angemessene Konstruktionen zu finden – viel ist nicht unbedingt gut und mehr ist nicht unbedingt besser, schließlich macht die Dosis das Heilmittel zum Gift (und umgekehrt) – ist Aufgabe einer politischen Diskussion, die nicht zuletzt auch Mißtrauen und Argwohn zwischen den verschiedenen Trägermilieus zu überwinden hat.

Im Anfang bedeutete dies – und hier haben wir uns nie Illusionen hingegeben –, daß wir diejenigen ansprachen und auch nur ansprechen konnten, die es in der einen oder anderen Form schon wußten. Spötter würden einwenden, wir hätten uns der Mission schon Bekehrter gewidmet. Wir können diesem Einwand – inzwischen auch mit dem vom Erfolg getragenen – Selbstbewußtsein entgegenhalten, daß nicht nur für die Vermittlung neuer Analysen, sondern auch für die Erschließung neuer Wege und Vorgehensweise Überzeugungsarbeit zu leisten, erst einmal die „kritische Masse“ für

breitere Aktivitäten zu gewinnen ist. Auf diesem Wege sind wir auch entscheidende Schritte vorangekommen. Nicht nur, daß der Gedenktag 27. Januar in Duisburg etabliert sein dürfte, der 17. Juni dürfte davor stehen und für die Ausgestaltung der anderen Gedenktage mehren sich die Sympathieerklärungen.

Realistische Bescheidenheit, um ambitionierte Ziele durchsetzen zu können – diese Ausgangshaltung ging unausgesprochen in das gesamte Vorgehen ein. Beide Haltungen haben wir versucht, in unserem Vorgehen zu berücksichtigen und zu vermitteln.

Dies bedeutete für den Aufbau der Regionalen Arbeitsgruppe, daß sich die Arbeit bisher auf eine Stadt konzentrierte – nicht, weil wir nicht um das Erfordernis, Aktivitäten in den anderen Kommunen zu fördern, wüßten, sondern weil uns die Kräfte hierzu fehlten. Zu Beginn der Arbeit wurde zum Teil vorgeschlagen, die Veranstaltungen in einer Art Rotationsprinzip mal hier mal dort durchzuführen. Diesen „Wanderzirkus“ lehnten wir einheitlich ab, weil auf Dauer gesehen, die örtliche Präsenz so niedrig gewesen wäre, daß nirgendwo ein Standbein für die gemeinsame Arbeit entstanden wäre. Wir entschieden uns für den anderen Weg, an einem Ort eine ausstrahlungsfähige Arbeit zu organisieren, die Gespräche zu möglichen Trägern einer örtlichen Arbeit in den Nachbarstädten aufzunehmen, um so als Geburtshelfer funktionierender Arbeitsansätze erfolgreich zu sein.

In diesen Gesprächen, die vielfach nur sporadisch, aber mehr oder minder intensiv schon seit Jahren geführt werden, schälten sich zwei zu lösende Problembereiche heraus: Erstens war den neuen Gruppen / Arbeitskreisen eine inhaltliche Hilfestellung für den Start zu verschaffen und zweites ein organisatorischer Ankerpunkt für die Aufnahme der Arbeit zu geben.

Mit dem hier nun erstmals in seiner Vollständigkeit niedergelegten Konzept liegt nun u. E. ein solcher inhaltlicher Rahmen vor, der einerseits präzise genug ist, um sich „anlehnen“ zu können und andererseits breit und flexibel genug, um an

unterschiedliche, sogar gegensätzliche örtliche Gegebenheiten ohne großen Aufwand angepaßt werden zu können.

Die andere Aufgabe ist soll nun – ebenfalls mit Bescheidenheit und Hartnäckigkeit – angegangen werden. Eine Zuständigkeit, die bloß auf dem Papier besteht, mag das individuelle oder kollektive Ego kitzeln, nur gilt es eine Aufgabe zu realisieren und nicht irgendwelche Selbstbilder zu befriedigen. Dem faktischen Kreisverband Duisburg – nominell RAG Rhein-Ruhr West – nutzt es auf Dauer mehr, wenn sein „Hoheitsgebiet“ schrumpft und in den Nachbarstädten funktionierende AGs entstehen, als wenn dieser umgekehrt in seiner jetzigen Situation verbleibt, nämlich kaum handlungsbereite Ansprechpartner zu haben.

Ohne hier einer künftigen Entwicklungen mit unangemessen frühzeitigen Selbstfestlegungen vorgreifen zu wollen – denkbar wäre auch je nach Entwicklung ein Rückgriff auf eine dreigliedrige Organisationsstruktur (mit Bundesverband, Regionalgruppen, Sektionen), ist zu konstatieren: Die jeweiligen Städte in unserem Einzugsbereich sind eigene politische Welten, in die von außen hineinregieren zu wollen unsinnig ist und zu unzweckmäßigen Abwehrreflexen führen muß. Die RAG kann daher in ihrer jetzigen Situation nur geduldige Hebammendienste leisten; und damit wird sie nun systematisch beginnen.

Die Form, für die wir uns entschieden haben, ist einfach. In Zukunft sollen im Arbeitsausschuß der RAG neben den „Duisburger“ Funktionsträgern, denen unterschiedliche Aufgabenbereiche zugewiesen sind, Ansprechpartner für die jeweiligen Nachbarstädte vertreten sein. Damit sind dann gegenüber der interessierten Öffentlichkeit erst einmal Personen benannt, die den Verein vor Ort vertreten und das Mindestgerüst darstellen, das dann „Speck ansetzen“ kann. Die nächsten Schritte verstehen sich von selbst: Ehe eine Gründungswelle von – dann lauter bloß auf dem Papier bestehenden – „Kreisverbänden“ freigesetzt wird, sollten in aller Geduld verschiedene Schritte absolviert werden: Nach einem vorbereitenden Kontaktaufbau, der sich von Duisburg aus diskret unterstützen läßt, sollten informelle

örtliche Arbeitsgruppen sich Arbeitsziele setzen, Arbeitsformen festlegen und erste Schritte in der Umsetzung gegangen sein. Bei der Effektivierung dieser Bemühungen läßt sich an vielen Punkten auf die Duisburg gesammelten Erfahrungen zurückgreifen: So hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, in der Frühphase zwei Kontaktpersonen aus unterschiedlichen Spektren zu benennen, um Zugangshürden auf den unterschiedlichen Seiten abzubauen.

Durch die Einbindung dieser Prozesse in das regionale Entscheidungsgremium bleibt andererseits sichergestellt, daß nicht durch Irrtümer und Anfangsprobleme Rufschäden für die Arbeit in der gesamten Region entstehen – denn dies muß man sich immer vor Augen führen: Konstruktive Impulse scheitern vielfach an den festgezurrten kommunalen Grenzen, negative Botschaften hingegen überwinden sie mittels der „stillen Post“ mühelos und auf Antrieb.

Praktisch bedeutet dies erst einmal, daß in den nächsten Monaten Beauftragte vordringlich für die kreisfreien Städte Mülheim, Oberhausen, Wuppertal und Düsseldorf zu gewinnen sind. Für die Kreise und kreisangehörigen Städte wäre noch ein geeignetes Verfahren festzulegen.

Die „Geschäftsordnung“ der RAG

Die Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ existiert rein rechtlich nur auf Bundesebene; die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften ist zwar in der Satzung vorgesehen, aber deren Tätigkeit selbst nicht näher geregelt. Dieser sehr offene Zustand ist mit sehr vielen Chancen, aber auch nicht unerheblichen Risiken für die jeweilige Arbeit verbunden. Bevor die spezifischen Lösungsformen, die hier erarbeitet und durchgesetzt wurden, niedergelegt werden, sind die rechtlichen Grenzen, die mit diesem Zustand verbunden sind, zu verdeutlichen.

Bei der Benennung aller Funktionen innerhalb der RAGs ist aus Gründen von „Deklarationswahrheit“ und „Deklarationsklarheit“ darauf zu achten, daß schon sprachlich eine Verwechslungsgefahr mit Funktionsträgern auf Bundesebene vermieden wird. Daher heißt der „Vorsitzende“ auch nicht Vorsitzender, sondern Sprecher usf. Deshalb, aber nicht nur deshalb, nennen wir unsere Übersicht der „Spielregeln“ auch nicht Satzung, sondern „Geschäftsordnung“.

Die Chancen, die sich aus einem solchen Freiraum ergeben, liegen auf der Hand, sollten aber auch in ihrer Begrenztheit gesehen werden. Die „Autonomie“ der RAGs in der Vereinigung ist außer durch die Satzung und ihre Zwecke geschäftsordnungsmäßig durch eine rechtliche Grenze beschränkt: Wirtschaftliche Pflichten für die Bundesvereinigung dürfen durch einseitige Entscheidungen nicht entstehen, entsprechende Entscheidungen sind der Geschäftsführung in Berlin vorzulegen und genehmigen zu lassen damit nicht andere RAGs oder die Bundesvereinigung in ihrer Arbeit in Mitleidenschaft gezogen werden.

Mit unserer „Geschäftsordnung“ wird deshalb nicht eine komplette „Satzung“ mit einem ausgefächerten Regelungssystem vorgelegt, sondern werden – bis auf wenige Ergänzungen – eine Reihe von bisher „ungeschriebenen Regeln“ festgeschrieben, die in der bisherigen Arbeit von allen Beteiligten berücksichtigt wurden und die sich als wirksame Basis für die Zusammenarbeit in einem so breiten politischen Spektrum herausgestellt haben.

Dieser Schritt wird auch erforderlich, wenn es gelingen soll, die in den letzten zwei Jahren neu gewonnenen Personen und Kräfte dauerhaft zu integrieren, und wenn in unserem Verantwortungsbereich die Entwicklung neuer AGs gefördert werden soll. Schon aus Gründen der „Corporate Identity“ dürfen im Grundsatz innerhalb der RAG nicht gegensätzliche Regelwerke gelten. Verhaltenssicherheit und Interessenschutz für alle Beteiligten ist zu gewährleisten.

Hierbei sind zwei Ebenen innerhalb der Regularien zu unterscheiden: Grundsätzliche Spielregeln, mehr moralischer oder (wenn man will) ethischer Natur, die eine Zusammenarbeit über alle Interessengegensätze hinweg sicherstellen und ermöglichen sollen, einerseits und deren Umsetzung in eine konkrete Arbeitsorganisation, die pragmatisch und effizient zu sein hat, andererseits. In dieser Abfolge werden die Regularien auch dargestellt.

1. Die Grundsätze der Zusammenarbeit

Das klassische Problem aller Bündnisstrukturen ist die Neigung eines Teiles der Protagonisten, für die „eigene Seite“ möglichst viel heraushandeln zu wollen, um vor den „eigenen Leuten“ mit der erfolgreichen Verhandlungsführung „strunzen“ zu können. Mittelbar zerstören solche Akteure in den bekannten Durchgangsstufen: Schüren von Mißtrauen, Vergiftung des Kooperationsklimas, Eskalation der Konflikte, innerer Rückzug anderer Beteiligter, faktischer Rückzug der „oppositionellen“ Kräfte - das Bündnis. Schuld sind nachher natürlich immer die jeweils anderen.

Daher haben wir uns für folgende **Grundsätze für die Behandlung von Positionsunterschieden** entschieden:

- Die RAG bemüht sich beständig um die noch nicht vertretenen Facetten im „Verfassungsbogen“. Es gibt keinen Ausschluß von Positionen innerhalb des Spektrums. Der Arbeitsausschuß ist entsprechend zusammenzusetzen.

- Es ist nach innen Transparenz über die jeweiligen Einbindungen und Interessenlagen zu schaffen und sie sind von den Gegenseiten auch anzuerkennen.
- Bei der Ausgestaltung des gesamten Arbeitsprogrammes ist die Bandbreite des Spektrums auch durch die Benennung der Referenten, die Wahl der Örtlichkeiten usf. sichtbar zu machen.
- Bei der Ausgestaltung der einzelnen Veranstaltung versteht es sich von selbst, daß nicht alle gleichzeitig am Rednerpult präsent sein können und daher, wenn auch wechselnd, bestimmte Positionen im Vordergrund stehen.
- Wo möglich werden zwei oder mehr Beiträge gewählt, um unterschiedliche Facetten abzudecken oder die Möglichkeit zur Aussprache gegeben. Moderiert wird nicht durch Dritte, sondern durch die Veranstalter selbst.
- Bei thematischen Differenzen und inhaltlichen Gegensätzen ist die Minderheit zu schützen, ggfs. auch durch vorübergehenden Verzicht auf eine Thematisierung.
- Dies bedeutet aber nicht, daß damit Tabuzonen errichtet und dauerhaft geschützt werden sollen. Durch die Erarbeitung gemeinsamer übergreifender Fragestellungen kann eine weitere Konsensbildung vorangetrieben werden.
- In der Binnenstruktur ist sicherzustellen, daß die RAG ein intrigentfreier Raum ist und bleibt. Das heißt: Es gilt das gegebene Wort; und Treu und Glauben sind die entscheidenden Voraussetzungen des gemeinsamen Erfolges.
- Sofern möglich werden die Veranstaltungen im Rahmen von Veranstaltergemeinschaften durchgeführt.

Die **Planungssicherheit für alle Beteiligten** wird auch durch folgende Ergänzungen gewährleistet:

- Die Arbeit findet im Rahmen gesetzter Eckdaten statt. Aufgrund der Wahl für sich aussagekräftiger Termine, Veranstaltungsformen und –örtlichkeiten finden

entscheidende Aussagen schon auf der Ebene der symbolischen Kommunikation statt.

- Die Inhalte für die einzelnen Aufgaben werden grundsätzlich bestimmt und mittelfristig präzisiert.
- Die vereinbarten Vorgaben stehen grundsätzlich auch für Neuzugänge erst einmal nicht zur Disposition.
- Für die einmal gewählten räumlichen und sachlichen Bindungen gilt Planungssicherheit.

Für den **Ablauf der Willensbildung** gelten folgende Spielregeln:

- Der Arbeitsausschuß tagt grundsätzlich am letzten Donnerstag im Monat. Eine Einladung erfolgt kurzfristig telefonisch oder per Mail. Sondertermine sind getrennt abzustimmen. Bei Bedarf können weitere Termine vereinbart werden; in gegenseitigem Einvernehmen können, wenn kein Bedarf besteht, Termine abgesetzt werden.
- Bei Abwesenheit wird auf die Interessen von abwesenden Rücksicht genommen; soweit möglich sind diese im Vorfeld zu konsultieren. Der Sprecher und seine Vertreter üben hier eine Treuhänderfunktion aus.
- Im Außenverhältnis vertritt der Sprecher nach Rücksprache mit mindestens einem seiner Vertreter oder einer der Vertreter nach Rücksprache mit dem Sprecher.
- Bei Abwesenheit des Sprechers (Krankheit, Urlaub usw.) vertreten die beiden Stellvertreter gemeinsam.
- Sofern erforderlich werden aktuell drängende bedeutendere Fragen fernmündlich mit den sonstigen Beteiligten oder im Umlaufverfahren per Mail abgestimmt.
- Angestrebt werden konsensuelle Entscheidungen, formelle Abstimmungen sind bei gegensätzlichen Positionen als ultima ratio zu nutzen.

Dem Arbeitsausschuß ist dabei folgender Rahmen gesetzt:

- Er ist auf zwei Jahre von einer Mitgliederversammlung zu benennen. Die nächste Mitgliederversammlung mit Neuwahlen ist spätestens nach zweieinhalb Jahren durchzuführen.
- Der Arbeitsausschuß ist im Rahmen des vorgenannten Tableaus einzurichten. Änderungen der Struktur desselben sind von einer Mitgliederversammlung zu beschließen.
- Der Arbeitsausschuß tagt im Rahmen des Vereins öffentlich. Abstimmungsberechtigt sind nur seine Mitglieder.
- Der Arbeitsausschuß hat das Recht, Beisitzer / Beauftragte für Städte durch einvernehmlichen Beschluß während der Amtszeit zu benennen.
- Der Arbeitsausschuß kann aus seinen Reihen einen geschäftsführenden Ausschuß bilden. Er besteht aus dem Sprecher, seinen Vertretern, dem Kassierer und dem Schriftführer.
- Die Rechnungslegung für die einzelnen Aktionen im Weiteren sowie die anfallenden Kosten für die Vereinigung selbst werden auf freiwilliger Basis vor Ort von zwei Rechnungsprüfern geprüft. Sie erstatten sowohl der Geschäftsführung in Berlin wie der Mitgliederversammlung Bericht.

Bezüglich der Durchführung von Gemeinschaftsveranstaltungen gelten für die Zukunft folgende Vorgaben:

- Die Verantwortlichkeiten sind bei einer beständigen Kooperation im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zu klären. Diese sind bei den bisherigen Partnern sukzessive herbeizuführen.

- Für Finanzmittel oder geldwerte Sachmittelzuwendungen oder andere erfolgsentscheidende Zusagen sind schriftliche Bestätigungen der Mittelgeber einzuholen.
- Stellen im Rahmen der Gemeinwohlarbeit zugunsten der Arbeit der RAG werden nur in fremder Trägerschaft eingerichtet. Über die Inhalte und die Rechte ist im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung Einvernehmen zu erreichen.

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, der 27. Januar

Grundsätze: Bezüglich des Kernbereiches unserer Arbeit, der Förderung eines geschichtlich fundierten Verständnisses von der substantiellen Bedeutung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung für ein freies und friedliches Zusammenleben, sei ein inhaltlicher Hinweis vorangesetzt. Entgegen der üblichen und inzwischen zur schalen Phrase gewordenen Rhetorik im Stile von „*Den Anfängen wehren*“ sehen wir unsere Hauptaufgabe darin, nicht erst extremistisches Denken zu bekämpfen, wenn es sich zeigt, sondern es im Vorfeld durch Überzeugungstätigkeit zu unterbinden.

Der Unterschied in der Anlage wird durch die Nutzung eines Bildes aus der Medizin deutlich: Auf Dauer gesehen ist es uninteressant, den *entwickelten* Faschismus zu bekämpfen. Man fängt erst an zu handeln, wenn es schon zu spät ist. „Faschismus-Phylaxe“ ist gefordert. Das heißt nicht, daß dort, wo dies erforderlich wird, nicht auch zu kämpfen ist. Aber dann mit Formen und Mitteln, die dem Gegner nicht auch noch nutzen.

Der Adressat ist daher die „Normalbevölkerung“, sind vor allem die jungen Menschen. Ihr Engagement zu solchen Fragen und Themen wird unter normalen Bedingungen fast immer punktuell sein. Menschen widmen sich im Regelfall der Bewältigung der Aufgaben von heute. Dem entsprechend sind die Formen unserer eigenen Arbeit zu gestalten: Die Ansprache hat dezent und zurückhaltend zu geschehen, die Vermittlung klarer Botschaften für das Hier und Jetzt hat im Vordergrund zu stehen – und mit Gegenargumenten und Widerständen ist eine sorgfältige Auseinandersetzung erforderlich. Auf diesem Wege sind weitere Schritte zu gehen (z. B. Gedenkminuten usw.).

Der 27. Januar in Duisburg 2006 – 2010 (Planung)

Wie in den Jahren 2001 bis 2005 wollen wir auch in den nächsten Jahren in den Veranstaltungen ein bestimmtes übergreifendes Motiv thematisch verfolgen. Standen bisher die Konsequenzen des Nationalsozialismus im Vordergrund, sollen nun an einzelnen Schlüsseldaten die Entscheidungen, die in die Katastrophe führten, thematisiert werden. In den Worten von Joachim Gauck, dem Vorsitzenden unserer Vereinigung: ***Wir haben immer eine Wahl, zwar nicht immer die, die wir wollen, aber wir haben immer eine Wahl.*** Wenn aus der Geschichte zu lernen ist, dann nur, indem die Konsequenzen von Entscheidungen vergegenwärtigt werden.

Arbeitstitel:

- 2006 *... mit langem Anlauf ins selbst aufgestellte Messer: Militärischer Expansionismus als begrenzter Erfolgsweg (Rheinland 1936, Österreich 1938, Tschechoslowakei 1938, Polen 1939 ...)*
- Bezugsjahr 1936: Einmarsch ins entmilitarisierte Rheinland
- 2007 *Die alten Herren als Zauberlehrlinge der Machtpolitik: Vom „Preußenstreich“ über die Novemberwahlen zur Inthronisierung des „kleinen Gefreiten“*
- Bezugsjahr 1932: Papen-Putsch, Niedergang der NSDAP und „Machtergreifung“
- 2008 *Unter fremder Flagge: „Großdeutschland“ – Das Kampfprogramm der Demokraten von 1848 als Erfolg des Despoten von 1933*
- Bezugsjahr 1938: Anschluß Österreichs und Höhepunkt der Appeasement-Politik
- 2009 *Der zweite Anlauf im Dreißigjährigen Weltkrieg oder „... bis die Welt in Scherben fällt“: Friedliche Integration Deutschlands in Europa oder kriegerische Dominanz Deutschlands über Europa (Landraub und Großraumwirtschaft als die Triebkraft des Selbstvernichtungszuges, Sengen und Plündern und Morden als Mittel und Weg)*
- Bezugsjahre 1924: Gründung des „Reichsbanners“
 Bezugsjahr 1929: Schwarzer Freitag
 Bezugsjahr 1939: Kriegsbeginn
 Bezugsjahr 1944: 20. Juli
- 2010 *Schwarz-Rot-Mostrich oder Legal, illegal, scheißegal anno 1920: Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr! – Eine Republik ohne bewaffneten Arm*
- Bezugsjahr 1920: Kapp-Putsch
 Bezugsjahr 1925: Reichstagswahlkampf und Wahl Hindenburgs

Konkrete Themenplanung für den 27. Januar 2006

Veranstaltungstitel:

„Mit langem Anlauf ins selbst aufgestellte Messer“
Der Weg in die Katastrophe und die Beweggründe der Mitläufer

Vortrag 1:

**„Wir werden weitermarschieren, wenn Alles in Scherben fällt,
denn heute da (ge)hört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!“**
*Das außenpolitische Vabanque-Spiel und der innere Erfolgsweg des Nationalsozialismus
Rheinland 1936, Österreich 1938, Tschechoslowakei 1938, Polen 1939 ...*

Vortrag 2:

„Hammer oder Amboß“: Doppelmoral als Programm
*Das Geschichtsbild der Deutschen im frühen 20. Jhdrt. und seine Entstehung seit 1648
(„Sieg“-) „Frieden von Brest-Litowsk“ versus („Schand“-) „Frieden von Versailles“*

Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar in Duisburg 2001 - 2005

- 2005** *Ökumenischer Gottesdienst* mit **Alt-Präses Manfred Kock** (Köln) und **Weihbischof Dr. Franz Grave**, Leitwort: *Erlöse uns von dem Bösen ...* (ca. 230 Teilnehmer in der Pfarrkirche St. Ludger)
- 2005** „Erinnern und Begreifen“ – **Der 27. Januar in Duisburg 2005 – 2010**; Arbeitsgespräch mit **Günther Neumann** (Moderation), **Pfarrer Heiner Augustin** (Begrüßung), **Beigeordneter der Stadt Duisburg Dr. Peter Greulich** (Einleitung), Wolfgang Braun: *Ein ermutigender Anfang: Der 27. Januar in Duisburg 2001 – 2005*, **Dr. Werner Jung** (Köln): *Der 27. Januar als Schüler- und Jugendgedenktag in Köln*, **Leitender Regierungsschuldirektor Jörg Hoffmann** (Düsseldorf): *Zusammenfassung der Ergebnisse*, **Dr. Günther Neumann**: „Wir haben immer eine Wahl“ – Themen- und Aufgabenplanung für den 27. Januar 2006 – 2010.
- 2004** **Prof. Dr. Bernd Faulenbach**, *Der 20. Juli 1944: „Nationalistische Notbremse“ oder „Verschwörung zur Freiheit“ - Entwicklung – Verlauf – Vermächtnis*, **Dr. hc. Joachim Gauck**, *Widerstehen lernen – Der lange Weg von der Anpassung zum Widerstand*, **Bürgermeisterin Monika Busse**: *Eröffnung* (ca. 200 Teilnehmer, Salvatorkirche)
- 2004** *Ökumenischer Gottesdienst* mit **Präses Nikolaus Schneider** und **Stadtdechant Klaus Mertes**, Leitwort: *Dein Reich komme ...* (ca. 200 Teilnehmer in der Pfarrkirche St. Ludger)
- 2003** **Heiner Lichtenstein**: *70 Jahre „Machtergreifung“ – 80 Jahre Jahre „Marsch auf Rom“*, *Lektionen für das Europa von morgen angesichts seiner Geschichte*, **Maren Westermann**: „Eine Orgel für Sant' Anna ...“ *Ein Blick zurück - ein Blick nach vorn*, **Pfarrer Carl-Dieter Hinnenberg**: *Begrüßung*, **Bürgermeisterin Monika Busse**, *Eröffnung* (ca. 140 Teilnehmer in der Salvatorkirche)
- 2002** **Dr. Hanna-Renate Laurien**: *... und führe uns nicht in Versuchung! Der Einzelne im Despotismus und seine Anfechtungen*; **Dr. Günther Neumann**: *Konkrete Delikte und bestimmte Schuld - Die neue Struktur der „Wehrmachtsausstellung“*, **Bürgermeisterin Doris Janicki**, *Eröffnung* (ca. 70 Teilnehmer im Calvin-Haus)
- Ökumenischer Gottesdienst* mit **Vizepräses Nikolaus Schneider** und **Stadt-dechant a. D. Heinz-Josef Tillmann**, Leitwort: *... und führe uns nicht in Versuchung* (ca. 60 Teilnehmer in der Pfarrkirche St. Ludger)
- 2002** **Veranstaltung zum 27. Januar als Schüler- und Jugendgedenktag**
- 2001** **Hans Koschnick**: *60 Jahre Überfall auf die Sowjetunion – 60 Jahre Beginn der Shoa*; **Lothar Evers**: *Folgenloses Gedenken?*; **Bürgermeisterin Doris Janicki**, *Eröffnung* (ca. 240 Teilnehmer im Calvin-Haus)
-
- 2000** Bildung der *Arbeitsgemeinschaft 27. Januar*, später *Arbeitskreis Erinnern und Begreifen* nach persönlich gezeichneter Einladung von **Dr. Gerhard Jahn**, **Pfarrer Heinz-Günter Frenzen** und **Wolfgang Braun** (ca. 20 Teilnehmer im Dietrich-Bonhoeffer-Haus / Duisburg-Hochfeld)
- 1999** *Erinnern und Begreifen – Gedenkveranstaltung für die Opfer der nationalsozialistischen Willkürherrschaft*, **Beteiligte**: **Aaron Carsten Eckstaedt & Ruth Boguslawski** (*Jiddische Lieder*); **Rainer Bischoff**; **Michael Schröders**; **Hans A. de Boer**; **Heidrun Landers-Witzke**, **Veranstalter**: *SPD-Ortsvereine Duisburg-Stadtmitte, Neudorf, Wanheimerort* (ca. 70 Teilnehmer in der Mercatorhalle)

1998 Uwe Komes: „Die ‘Euthanasie’ im Nationalsozialismus - ihre Vorgeschichte und ihr Verlauf“; **Prof. Dr. Siegfried Jäger:** „Peter Singer und der neue Vormarsch eugenischen Denkens“; **Pfarrer Hans-Joachim Barkenings:** „Die moralisch-politische Bewertung der ‘Euthanasie’ und die sich abzeichnenden Zukunftsaufgaben“ **Veranstalter:** Arbeiterwohlfahrt OV Duisburg-Hochfeld / Stadtmitte, Evangelische Kirchengemeinde Duisburg-Hochfeld (ca. 60 Teilnehmer im Dietrich-Bonhoeffer-Haus)

Erläuternder Hinweis: In Duisburg finden seit 1998 jährlich Gedenkveranstaltungen am 27. Januar statt. In den Jahren 1998 – 2000 in wechselnden Trägerkonstellationen bis zur Bildung des Arbeitskreises *Erinnern und Begreifen*. Dieser schloß sich dann im Jahr 2001 der Vereinigung *Gegen Vergessen – Für Demokratie* an. Seit 2001 werden die Gedenkveranstaltungen gemeinsam durchgeführt mit: der **Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Duisburg** und dem **Bündnis für Toleranz und Zivilcourage Duisburg**.

27. Januar 2001 – 2005: Veröffentlichung in Vorbereitung

„Erinnern und Begreifen“

Der 27. Januar in Duisburg in den Jahren 2001 – 2005

Dokumentation der bisherigen Veranstaltungen auf 11 CDs

27. Januar 2001: Bürgermeisterin Doris Janicki, *Eröffnung*; Dr. hc. Hans Koschnick (Bremen): *60 Jahre Überfall auf die UdSSR – 60 Jahre Beginn der Shoa*; Lothar Evers (Köln): *Folgenloses Gedenken?*, Gerda E.H. Koch, *Schlußworte*.

27. Januar 2002: Bürgermeisterin Doris Janicki, *Eröffnung*; Dr. Hanna-Renate Laurien (Berlin): *... und führe uns nicht in Versuchung! Der Einzelne im Despotismus und seine Anfechtungen*; Dr. Günther Neumann (Duisburg): *Konkrete Delikte und bestimmte Schuld – Die neue Struktur der „Wehrmachtsausstellung“*, Wolfgang Braun, *Schlußworte*.

27. Januar 2003: Bürgermeisterin Monika Busse, *Eröffnung*; Heiner Lichtenstein (Köln): *70 Jahre „Machtergreifung“ – 80 Jahre Jahre „Marsch auf Rom“; Lektionen für das Europa von morgen angesichts seiner Geschichte*; Maren Westermann (Essen): *„Eine Orgel für Sant‘ Anna ...“; Ein Blick zurück - ein Blick nach vorn*; Dr. Günther Neumann, *Schlußworte*.

27. Januar 2004: Bürgermeisterin Monika Busse, *Eröffnung*, Prof. Dr. Bernd Faulenbach (Bochum): *Der 20. Juli 1944: „Nationalistische Notbremse“ oder „Verschwörung zur Freiheit“ - Entwicklung – Verlauf – Vermächtnis*

27. Januar 2004: Dr. hc. Joachim Gauck (Berlin): *Widerstehen lernen – Der lange Weg von der Anpassung zum Widerstand*

26. Januar 2002: *„Und führe uns nicht in Versuchung“* Ökumenischer Friedensgebet am Vorabend des 27. Januar mit Vizepräses Nikolaus Schneider und Stadtdechant a.D. Heinz-Josef Tillmann (Teildokumentation)

25. Januar 2004: *„Dein Reich komme ...“*; Ökumenischer Gottesdienst mit Präses Nikolaus Schneider und Stadtdechant Klaus Mertes (Gesamtdokumentation)

Die CDs 8 und 9 dokumentieren die Veranstaltungen im Januar 2005.

Deutsche Intellektuelle im Exil – Der vergessene Widerstand

(1) *CD-Dokumentation der Ausstellungseröffnung mit Ansprachen* von Dr. Brita Eckert (Frankfurt) und Dr. Volkmar Zühlsdorff (Berlin)

(2) *... denk ich an Deutschland in der Nacht*, Rezitationen von Texten zum Exil, gesprochen und kommentiert von *Wolfgang Schwarzer (Deutsch-Französische Gesellschaft Duisburg e.V.)*

Die Herausgabe der CD-Dokumentation wird mit Mitteln des **Ökofonds** von **Bündnis 90 / Die Grünen Kreisverband Duisburg** gefördert. Die Produktion erfolgt in Zusammenarbeit mit dem **Medienforum Duisburg e.V.**

27. Januar in Duisburg Handlungsvorschläge¹ für die Jahre 2000 bis 2005²

2001 27. Januar (Wochentag: Samstag)

- ⇒ Thema: *60 Jahre Überfall auf die UdSSR - 60 Jahre Beginn der Shoa*
- ⇒ (Groß-)Veranstaltung in städtischer Regie unter Einbezug von Eltern- und Schülervetretern (keine reine Honoratiorenrunde)
- und*
- ⇒ Ökumenischer Gedenkgottesdienst mit hochrangigen Vertretern
- ⇒ Trauerläuten der Kirchen zu diesem Gottesdienst
- ⇒ In einzelnen Schulen Gedenkveranstaltungen (Klasse 10 - bis 13) am 26.1.2001

- 2000**
- März: Verabschiedung des Detailkonzeptes und Erteilung der Arbeitsaufträge
 23.5. Seminar: „Die 'Wehrmachtsausstellung' - Möglichkeiten und Grenzen eines Aufklärungsinstrumentes“ (Regional für den Raum Duisburg, Düsseldorf, Oberhausen, Mülheim, Essen, Moers)
 Präsentation einer Broschüre zum Thema „Euthanasie“
 Juni Überprüfung der Umsetzung für den 27. Januar 2000
 Sept. Abschließende Regelungen für die Veranstaltung

2002 27. Januar (Wochentag: Sonntag)

- ⇒ Thema: *Nationalsozialismus in Duisburg – Verfolgung und Widerstand* (Politische und rassische Verfolgungen, Zwangsarbeit)
- ⇒ Zentralveranstaltung *und* Gottesdienst
- ⇒ In einzelnen Schulen Veranstaltungen (andere Schulen wie in 2000; Gefahr des Überfüttens)
- ⇒ Durchführung einer zentralen Veranstaltung an der Universität

- 2001**
- 23.5. Tagesseminar zur Vorbereitung der Schulveranstaltungen 2001, Erstellung der Broschüre für die Schüler
 22.6. Beginn einer Bausteinkampagne für den Abguß des „Trauenden Jüngling“ (60 Jahre 'Unternehmen Barbarossa')
wenn möglich: Durchführung der 'Wehrmachtsausstellung' in einer der o.a. Städte im Bereich Rhein-Ruhr Nord-West

¹ Für das Jahr 2001 werden die Beschlußfassungen vom 27. Januar wiedergegeben, auch wenn sei aus der Fortschreibung Nuancierungen ergeben haben. Die Vorschläge für die Jahre 2002 bis 2005 sind noch zu diskutieren und ggfs. zu überarbeiten.

² **Erläuterung:** *Zielgrößen in Times New Roman, Zwischenschritte im Vorjahr in Arial*

2003 27. Januar (Wochentag: Montag)

- ⇒ Thema: „70 Jahre Machtergreifung“ – Die Zerstörung der 1. deutschen Republik und die Schlußfolgerungen für die Zukunft
- ⇒ Zentralveranstaltung und Gottesdienst wie zuvor
- ⇒ Gedenkveranstaltungen an *allen* weiterführenden Schulen, Vorbereitung anhand einer hierzu erstellten Broschüre
- ⇒ Einrichtung einer Dokumentations- und Arbeitsgruppe „Topographie des Terrors“ für Duisburg zur inhaltlichen Vorbereitung
- ⇒ Bildung einer Trägergruppe zur organisatorischen Vorbereitung für eine Mahn- und Gedenkstätte Duisburg nach Düsseldorfer Vorbild

2002 23.5. Tagesseminar zur inhaltlichen und organisatorischen Diskussion über eine Mahn- und Gedenkstätte Duisburg

2004 27. Januar (Wochentag: Dienstag)

- ⇒ Thema: 65 Jahre Überfall auf Polen, 65 Jahre deutscher Kolonialkrieg in Ost-europa - 60 Jahre 20. Juli, 60 Jahre Scheitern des militärischen Widerstandes
- ⇒ Zentralveranstaltung und Gottesdienst wie zuvor
- ⇒ In den Schulen - wenn möglich - Durchführung einer Trauerminute
- ⇒ Enthüllung eines Abguß des „Trauernden Jünglings“ auf dem Kaiserberg
- ⇒ Präsentation von Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Topographie des Terrors“
- ⇒ Präsentation eines Konzeptes für eine Mahn- und Gedenkstätte in Duisburg

2005 27. Januar (Wochentag: Donnerstag)

- ⇒ Thema: 60 Jahre Befreiung von Auschwitz, 60 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus
- ⇒ Zentralveranstaltung und Gottesdienst wie zuvor
- ⇒ In den Schulen Durchführung von Gedenkveranstaltungen, Vorbereitung anhand einer Broschüre
- ⇒ Eröffnung der Mahn- und Gedenkstätte Duisburg

Anmerkung 1: Den Verfassern des Vorschlages ist durchaus bewußt, daß neben dem 27. Jan. unterschiedliche Gruppen und Milieus weitere Gedenktage begehen (2. Mai, 8. Mai, 1. Sept., 9. Nov., Volkstrauertag u.a.) Gelänge es, die Gestaltung dieser Tage *inhaltlich* mit dem noch festzulegenden Jahresthema für den 27. Jan. in Verbindung zu setzen, würde sich die unterschiedlichen Anstrengungen nicht konterkarieren, sondern in einem über das Jahr gespannten Bogen wechselseitig verstärken. Ähnliches gilt für die parallel verlaufenden dezentralen Bemühungen, z. B. die Aktivitäten unterschiedlicher evangelischer Gemeinden. Auch hier bestehen keine Konkurrenzen gegenüber dem o.a. Vorschlag.

Anmerkung 2: Neben das „negative“ Gedenken sollte ein „positives“ treten. Insbesondere wäre der Verfassungstag, der 23.5., nicht nur als Kontrapunkt, wie in dieser Unterlage geschehen, aufzuführen, sondern selbst inhaltlich auszugestalten. Es gibt nicht nur belastendes Erbe aus der Zeit der „Großeltern“, sondern auch zu bewahrendes aus der Zeit der Eltern. „Erinnern und Begreifen“, dieser Prozeß umschließt beide Elemente. In diesem Zusammenhang wäre dann der heranwachsenden Jugend das andere positive Element, die Europäische Versöhnung, der Aufbau der Europäischen Union in ihrem Stellenwert zu verdeutlichen.

Zukunft Europa – Veranstaltungen zum Europatag, dem 9. Mai

- Aufgabe:** Europa als politische Realität und Perspektive vor allem für junge Menschen erfahrbar machen!
- Konzeption:** Jeweils zum Europatag Durchführung von Schulveranstaltungen mit nichtdeutschen MdEPs auf Deutsch oder für Fremdsprachenkurse auch in der Muttersprache des Referenten.
- Themen:** Die Themenauswahl sollte in Rücksprache mit interessierten Schülern vorgenommen werden. Die Formulierung des Themas sollte mit Hinsicht auf deren Problemwahrnehmung erfolgen, aber grundsätzliche Fragestellungen in den Vordergrund stellen.
- Organisation:** Kontinuität in der Abwicklung ist sinnvoll. Von daher sind Partnerschaften mit bestimmten Schulen anzustreben. Im Gegenzuge sollte eine Öffnung der Veranstaltungen für Schüler anderer Einrichtungen erfolgen.
- Ergänzend:** Abendveranstaltungen für alle Interessierten. Hier sollten Themen zum europäischen Selbstverständnis und zu den drängenden Fragen der Europäischen Integration angeboten werden. Ggfs. sind auch moderierte „Streitgespräche“ durchzuführen.
- Stand:** Konzeptionierung, Vorgespräche und Kontaktabbau
- Vorlauf:** Bisher wurden zwei Schulveranstaltungen, jeweils im Mai 2003 und Mai 2004, organisatorisch unterstützt.

„Fest der Freiheit“ am Verfassungstag, dem 23. Mai

Zielsetzung: Wir haben in einer Einladung zu einer Diskussionsveranstaltung am 23. Mai 2003 folgendes zu den verfolgten Absichten erklärt:

Deutschland als „zu spät gekommene Nation“ hat den Gedanken der nationalen Einheit aus dem Staats-Motto „Einigkeit und Recht und Freiheit“ immer stärker betont als die beiden anderen Inhalte. Demgegenüber ist eine positive republikanisch-demokratische Tradition, wie sie in Frankreich mit dem 14. Juli und in den Vereinigten Staaten von Amerika mit dem 4. Juli gepflegt wird, hier nicht gebildet worden. Dies ist angesichts der als Strafe für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft verstandenen Spaltung Deutschlands auch durchaus verständlich, bleibt aber ein Mangel.

In den frühen Jahren der Bundesrepublik Deutschland wurde im 17. Juni als „*Tag der deutschen Einheit*“ der vorherrschende Antikommunismus verschmolzen mit dem Gedenken an die Arbeiterproteste im Jahre 1953 in der damaligen DDR und den gesamtdeutschen Sehnsüchten nach einer Überwindung der politischen Spaltung. Eben wegen dieser Verbindung geriet der Gedenktag später im Zuge der Jugendrevolte wegen seiner antikommunistischen Ausrichtung in Verruf, wurde er wegen der nachlassenden Betonung der deutschen Einheit als „leeres Ritual“ abgelehnt. Der 3. Oktober, der den 17. Juni als Staatsfeiertag ablöste, setzte in mancher Hinsicht eine fatale Tradition der jüngeren deutschen Geschichte fort, den Umfang des Staatsgebietes vor den Inhalt den Staatsordnung zu setzen.

Unsere Absicht:

Stellt man hingegen statt des Begriffs „Einheit“ die Verbindung „Recht und Freiheit“ in den Vordergrund, läuft die Traditionslinie von der Paulskirchen-Verfassung über die Weimarer Verfassung zum Grundgesetz, wird deutlich, daß sich nach mehr als 150 Jahren auch in Deutschland eine Tradition der Freiheitsordnung nicht nur begehren, sondern - insbesondere nach der Wiedergewinnung der Einheit - auch feiern läßt.

Gelänge dies auf breiter Ebene unter Einzug breiter Kreise der Bevölkerung, dann wäre auch der Beitrag zur politischen Bildung nicht zu unterschätzen: So manche Multi-Kulti-Kampagne, so manche Nothilfe für Minderheiten wäre vermutlich überflüssig, wenn die Diskriminierungsverbote in Artikel 3 des Grundgesetzes begriffen und gelebt würden. Wer die Freiheitsordnung des Pluralismus verteidigt, braucht z.B. keine besonderen Belehrungen zur religiösen Toleranz ...

Konzept: Auf Vorbereitungstreffen, durchgeführt in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Toleranz und Zivilcourage und dem Evangelischen Schulreferat Duisburg, wurden folgende Konturen eines bürgerschaftlich getragenen Projektes in der Diskussion vereinbart:

Als organisatorischer Rahmen wurde vereinbart:

- Starten wollen wir am Verfassungstag 2004, am Sonntag, dem 23. Mai. Eine Veranstaltung wird jedoch nur durchgeführt werden, wenn eine gesicherte organisatorische Basis gegeben ist.
- Als Ort haben wir den Dellplatz ins Auge gefaßt, beginnen wollen wir nach der Sonntagsmesse (11.00 bis 12.00 Uhr), enden wollen wir gegen 20.00 Uhr.
- Auf einer Bühne soll ein buntes Programm, nicht ausschließlich aus Musikbeiträgen bestehend, das unterschiedlichen Zielgruppen gerecht wird, präsentiert werden.
- Für die Musikbeiträge werden keine stilistischen oder künstlerischen Vorgaben gemacht. Ein inhaltlicher Bezug zum Motto des Festes sollte gegeben sein. Neben ausländischer Folklore sind auch deutsche Volkslieder zulässig, neben englischem Pop auch deutschsprachiger ...
- Informationsstände bleiben ausschließlich deutschen oder ausländischen Gruppierungen im Rahmen des Verfassungsbogens vorbehalten, Jugend- und Schülergruppen werden vorrangig berücksichtigt.
- Bezüglich eines Begleitprogrammes für Kinder werden die umliegenden Einrichtungen um Mitwirkung gebeten.

- Eine ökumenische Andacht wird während der Mittagszeit angeboten.
- Eine Veranstaltergemeinschaft bestehend aus interessierten Vereinigungen unter Einbeziehung der Bezirksvertretung Stadtmitte soll verantwortlich zeichnen, die Oberbürgermeisterin um die Schirmherrschaft gebeten werden.

Als wirtschaftliche Rahmenvorgaben wurde vereinbart:

- Die Veranstaltung wird insgesamt auf der Basis bürgerschaftlichen Engagements durchgeführt: Honorierungen sind ausgeschlossen, Kostenerstattungen werden nur nach Einnahme von Sponsorenmitteln vereinbart.
- Mit den anliegenden Gastronomen wird ein Einvernehmen bezüglich der Verköstigung auf Basis folgender Vorgaben gesucht: An den Ständen dürfen zugunsten der vorgestellten Projekte und Aktivitäten Spezialitäten usf. verkauft werden. Kommerzielle Anbieter bleiben ausgeschlossen. Im Getränkebereich dürfen für Kinder nichtalkoholische Getränke zu Niedrigpreisen angeboten werden, auf die Aufstellung von Bierwagen usf. wird verzichtet.

Umsetzbarkeit: Es liegen erste mittelbare Erfahrungen vor. Am 6. Juni 2004 veranstaltete die Europa-Union, KV Duisburg, einen Europa-Markt auf der Königstraße. Dieser basierte auf einem ähnlichen organisatorischen Konzept, wurde aber von der DMG organisatorisch betreut.

Nächste Schritte: Bei einer vergleichbaren Unterstützung müßte sich auch die Struktur für ein ansprechendes Programm finden. Von den Jugendverbänden wurde auf Ansprache auf die Vorgabe klarer organisatorischer Rahmen gedrungen. In den nächsten Wochen wird die RAG ihre Bemühungen um den Gewinn entsprechender organisatorisch starker Partner fortsetzen.

Freiheitsbewegungen in Osteuropa: der 17. Juni

Veranstaltungen: Es wurden bisher drei Veranstaltungen durchgeführt, alle im Rathaus der Stadt Duisburg. Mit der Bitte um die Räume wollte wurde ein Bezug auf den ehemaligen Staatsfeiertag – *Tag der deutschen Einheit* – genommen.

2003 50 Jahre danach: 17. Juni 1953: *Bürgermeisterin Monika Busse*, Eröffnung, *Eva Gerber (Düsseldorf)*, Dabei gewesen! Bericht einer Augenzeugin; , *Florian Havemann, (Berlin)*: Der 17. Juni als Menetekel: Arbeiteraufstand gegen die „Arbeitermacht“ -Die Bedeutung des 17. Juni für die Entwicklung der inneren Opposition in der ehemaligen DDR

2004 Spurensuche zum 17. Juni 1953: Wetterleuchten über der Sowjetmacht: *Bürgermeisterin Monika Busse*, Eröffnung, *Pfarrer i. R. Günter Nowotnick (Duisburg)*: Gesellschaftliche und politische Kräfte jenseits von KPD und SED - Opposition in der SBZ und in der frühen DDR ; *Prof. Dr. Dr. hc. Paul Gerhard Klusmann (Bochum)* Der 17. Juni 1953: Ouvertüre der Arbeiter- und Freiheitsbewegungen in Osteuropa? (Im Spiegel literarischer Zeugnisse)

2005 Wege zum 17. Juni: „Von der Sowjetunion lernen ...“: *Bürgermeisterin Monika Busse*, Eröffnung; *Prof. Dr. Wolfgang Leonhard (Manderscheid)*: Von Moskau zurück in die Heimat Wolfgang Leonhard und die Gruppe Ulbricht Ein Zeitzeugenbericht vom Ende und vom Neuanfang 1945; *Dr. Günther Neumann (Duisburg)*: Despotie und Freiheit - Zur Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von politischen Vergleichen und ihrer Retourkutschen

Konzept: Von der RAG Rhein-Ruhr West wird der 17. Juni als erstes Aufflackern der Freiheits- und Arbeiterbewegungen im Osteuropa der Nachkriegszeit thematisiert. In einem Schreiben an die CDU-Fraktion aus dem Jahre 2003:

Inhaltliche Vorüberlegungen unsererseits – gefaßt in den sich anschließenden Vorschlägen – berücksichtigen durchaus bestimmte – auch Ihnen bekannte – Vorbehalte, die in den 70er Jahren zum Verfall dieses Gedenk- und Feiertages beitragen.

Unseres Erachtens handelt es sich bei den damaligen Ereignisse jedoch um den Vorboten derjenigen Freiheitsbestrebungen, die wenige Jahre später in Ungarn und Polen kulminierten, 1968 beim „Prager Frühling“ Pate standen und dann wiederum 20 Jahre später zum Durchbruch drangen. Eine solche Rückbesinnung ermöglicht einen parteiübergreifenden demokratischen Konsens und eine gemeinsame Würdigung der Verdienste der damaligen Protagonisten. In diesem Sinne wäre in den nächsten Jahren auch an Menschen wie Imre Nagy, Pal Maleter ... zu erinnern.

Planung: Analog zum Fünf-Jahres-Konzept für den 27. Januar wurde eine unverbindliche Themenplanung für die Jahre 2005 – 2009 festgeschrieben:

- 2005 60 Jahre Sowjetisch besetzte Zone: Besatzungsregime in Ost und West**
- 2006 50 Jahre Volksaufstand in Ungarn und Massenunruhen in Polen**
- 2007 30 Jahre Ausweisung Wolf Biermanns – Die linke Opposition in der DDR**
- 2008 40 Jahre Prager Frühling**
- 2009 60 Jahre Gründung der DDR – 20 Jahre Zusammenbruch der DDR**

Broschüre: Es ist beabsichtigt, im Kern aus den Vorträgen von 2003 und 2004, versehen mit weiteren Materialien, eine kleine Broschüre zu erstellen.

Der Tag der Menschenrechte am 10. Dezember

- Aufgabe:** In den letzten Jahren wurde zunehmend deutlich, daß die sozialen Integrationsaufgaben gegenüber den Wanderungsminderheiten nichtdeutscher und deutscher Herkunft nicht auf die Integration ins Wirtschaftsleben reduziert werden können. Gegenüber politischen Aktivisten ausländischer Herkunft ist inzwischen die freiheitlich-demokratische Grundordnung auch in ihrem inneren Bestand zu schützen. Gerade gegenüber diesen jungen Menschen sind auch politisch erzieherische Anstrengungen erforderlich. Diese Bemühungen haben jedoch die anderen inneren Bezugspunkte mit zu berücksichtigen, die aus der Eingebundenheit in die jeweiligen Herkunftskulturen herrühren.
- Inhalte:** Menschheitsgeschichtlich sind die sozialen und politischen Fragen, mit denen sich die Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika heute konfrontiert sehen, im Grundsatz keine neuen Phänomene. Ihre wesentlichen Züge sind aus der europäischen Modernisierungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts schon bekannt. Trotzdem verbieten sich vorschnelle Parallelisierungen, da zum Teil andere, für das Handeln der Einzelnen relevant abweichende Verlaufsformen bestehen. Die effektive Durchsetzung der in der UN-Menschenrechtsdeklaration niedergelegten Normen als Form der Domestizierung der Modernisierungskrisen im Interesse aller Beteiligten ist vorrangig zu vermitteln.
- Vorgehen:** In Zukunft kann es sinnvoll sein, entlang thematischer Stränge, denkbar sind z.B. Veranstaltungssequenzen entlang der einzelnen Menschenrechte (analog zu den Themenplanungen zum 27. Januar und zum 17. Juni) zu entwerfen. Doch dürfte auch hier vorab ein experimentelles Stadium sinnvoll sein. Die Zusammenarbeit mit Menschenrechts- und entwicklungspolitischen Aktionsgruppen ist anzustreben.
- Adressat:** Neben Jugendlichen deutscher Herkunft gerade auch Jugendliche nichtwesteuropäischer Herkunft. Besondere Anstrengungen sind von daher auf die inhaltliche Vorbereitung zu legen. Die Nähe zum Weihnachtsfest sollte zur gezielten Durchführung oder Unterstützung karitativer Aktionen genutzt werden (Abbau der jeweiligen „Winterhilfswerkmentalitäten“ auf allen Seiten und Einübung eines humanitären Universalismus).

Beitrag zum Wettbewerb *Aktiv für Toleranz und Demokratie*

Erinnern und Begreifen

Veranstaltungsreihe zum 27. Januar in Duisburg 2001 – 2004

- 1 **Projektbeschreibung:** Auf Basis eines Fünf-Jahres-Konzeptes, das im Jahre 2000 von einer Vorgängerstruktur verabschiedet wurde ..., führt die *Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr-West* von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.* (vormals *Sektion Duisburg-Mülheim-Oberhausen*) seit dem Jahre 2001 eine Veranstaltungsreihe zum 27. Januar in Zusammenarbeit mit der

→ der *Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Duisburg-Mülheim-Oberhausen e. V.*

→ dem *Bündnis für Toleranz und Zivilcourage Duisburg e. V.*

durch. Die Beteiligung an diesem Wettbewerb wird auch dazu genutzt, um auch für interne Zwecke eine Zwischenbilanz zum Arbeitsansatz zu verfassen.

Konzeptionell waren die vier Veranstaltungen analog aufgebaut. Auf kulturelle Elemente – Gesangs-, Rezitations- oder sonstige Beiträge wurde verzichtet. Statt dessen wurde – im Regelfall anlässlich eines besonderen Jahrestages – ein Themenkomplex von zwei Rednern ausgeleuchtet. Sofern es ging, geschah dies einmal in grundsätzlicher Hinsicht, einmal wurden mehr pragmatische tagespolitische Komponenten betont. Eingeleitet wurde von einer der beiden Bürgermeisterinnen der Stadt Duisburg, *Monika Busse* oder *Doris Janicki*. Mit diesem Veranstaltungsablauf, die durchschnittliche Redezeit betrug jeweils etwas über 30 Minuten, konnten bisher gute Erfahrungen gesammelt werden. Sofern Teile des Publikums bei einem der beiden Redner eher unzufrieden reagierten, sprachen sie im Regelfall auf die durchaus bewußt kontrapunktisch ausgesuchte Ergänzung an. Direkt unzufriedenes Publikum war eher selten.

Bisher fanden folgende Gedenkveranstaltungen statt:

Bewußt im Gegensatz zu den eher „spröde“ gehaltenen, auf die Vernunft der Zuhörer ausgerichteten Gedenkveranstaltungen, wurde ab 2002 die Durchführung von Ökumenischen Gottesdiensten an einem Vortage angegangen. Mit ihnen soll in einer angemessenen Form die Möglichkeit zu einer emotionalen, besser gesagt: seelischen, Verarbeitung geboten werden. Zwei Gottesdienste konnten auf hochrangiger kirchlicher Ebene abgehalten werden³. ...

- 2 **Das Konzept:** Zielsetzung der Veranstaltungsreihe war es konjunktur- und förderprogrammabhängig sich der Daueraufgabe – politische Erwachsenenbildung zur neueren deutschen Geschichte ...– durch angemessene Formen ritualisierter Kommunikation zu stellen. Dies wurde auch im Einladungsschreiben mit dem der Konzeptentwurf im Jahre 2000 versandt wurde, ausdrücklich ausgeführt Dieses Vorgehen unterschied sich im Ausgangspunkt von den bis dato vor Ort praktizierten Ansätzen in mehrfacher Hinsicht:

→ Kritische Distanz zum Antifaschismus als moralisch selbstgerechte Selbstinszenierung der Linken im weitesten Sinne, statt dessen kritische Selbstreflexion aller Beteiligten in einem Bündnisspektrum, das in Italien als *Verfassungsbogen* bezeichnet wird. (siehe **Anlage 5**)

→ Die Einheit der Demokraten als intellektueller Bezugspunkt, nicht die Volksfront als „Einheit der Antifaschisten“ gleich welcher Provenienz.

³ Für das Jahr 2003 mußte aufgrund einer Terminüberschneidung mit den Eröffnungsveranstaltungen des „Jahres der Bibel“ auf eine Durchführung verzichtet werden. Angeboten wurde im Anschluß der Veranstaltung ein Friedensgebet der Ev. Kirchengemeinde Duisburg-Innenstadt anlässlich der Irak-Krise, analog war im Jahr 2001 im Anschluß an die Veranstaltung eine Andacht angeboten worden.

- Konzentration der eigenen Arbeit auf die politischen Botschaften, die aus den entsetzlichen Erfahrungen resultieren, nicht auf die beständige Wiederholung der Berichterstattung über die Greuel.
- Langfristig- und Beständigkeit des eigenen Engagements, getragen von einem wachsenden Umkreis ehrenamtlicher Unterstützer.

Dieses Konzept mußte unter den Bedingungen einer gehobenen Provinzstadt erst – wenn auch verdeckt – konfliktorisch durchgesetzt werden. Für erhebliche Teile derjenigen Linken, die noch im DKP-nahen Umfeld der 70er Jahre politisch sozialisiert wurden, war die Gewohnheit, als „antifaschistische“ Politik die permanente Reinszenierung der historischen Konfliktlagen zu verstehen, so eingefleischt, daß der andere Politikansatz schon als „rechts“ eingestuft wurde. Offen zu Tage traten derartige Differenzen, wenn Parallelitäten zwischen unterschiedlichen Formen despotischer Herrschaft – Bolschewismus und Faschismus – thematisiert wurden. Vergangenheitspolitisch ergänzt sich in diesen ex- und altlinken Milieus antifaschistischer Hyperaktivismus mit philokommunistischer Amnesie. „Gegen Vergessen“ bekommt unter solchen Rahmenbedingungen eine nicht gewollte, aber vom gesellschaftlichen Objekt erzwungene Komponente gegen „Links“: Obwohl kein aktiver Linksradikalismus von Bedeutung mehr gesellschaftlich präsent ist, ist wegen der heutigen Geschichtsklitterei seiner ehemaligen Protagonisten im Rahmen der eigenen Bildungsaufgaben zum Zwecke der Vermittlung eindeutiger Botschaften auch die historische Aufarbeitung der Geschichte der linken Despotien anzugehen. Nur auf dieser Basis läßt sich der geringfügige sittliche, aber nichtsdestotrotz vorhandene Unterschied zwischen den beiden Totalitarismen vermitteln. Ganz im Hegelschen Sinne führt hier der Vergleich den Unterschied zutage. Aus diesem Grunde führt die Regionalgruppe auch in Zukunft nach zwei Vorlaufveranstaltungen ... regelmäßig Veranstaltungen zum 17. Juni durch (siehe Anlage 6).

- 3 **Schulbereich:** Ein immer im Zentrum der Aufmerksamkeit liegender Sektor waren die weiterführenden Schulen. Hierzu ist von gemischten Erfahrungen zu berichten. Teils aufgrund unglücklicher Umstände, teils aufgrund der eigenen organisatorischen Schwäche, teils aufgrund gegensätzlicher Anforderungen aus den Schulen selbst, konnte die intendierte AG 27. Januar an den Schulen noch nicht konsolidiert werden. Belastend wirken auf die Schulen sicherlich die permanent steigenden entgegengesetzten Außenimpulse – einerseits möchte jede pressure group die Schulen als Vehikel ihrer Anliegen nutzen, andererseits soll der konventionelle Unterricht wieder Vorrang genießen –, diese alleine erklären jedoch nicht die zurückhaltende Reaktion. Ein massives Hindernis sind immer noch altliberale / altlinke Vorbehalte gegen „leere Rituale“ wie die erlittenen Veranstaltungen zum 17. Juni. Aufgebaut werden konnten unter diesen Bedingungen stabile Kontakte zu einer Reihe einzelner Schulen in der Region, nicht zuletzt aufgrund von ergänzenden Aktionen, die sich direkt am Schulinteresse orientieren ...
- 4 **Weiterungen des Konzeptes:** Eine besondere Problematik ergibt sich mittelbar aus der erwähnten doppelten Feindbestimmung – Bolschewismus und Faschismus – und der Vermittlung der Zielgröße demokratisches Bewußtsein. Diese doppelte Feindbestimmung mag im Unterschied zur einfachen – „Gegen rechts!“ –, den Vorzug haben, für den Erfolgsfall die politischen Alternativen einzuschränken, also unkontrollierten Radikalisierungen der „eigenen“ Jugendlichen vorzubeugen, nur sind die „Streuverluste“ dann immer noch recht hoch. Gerade unter Jugendlichen bildet sich sehr schnell die Überlegung heraus, gegen einen skrupellosen Gegner sei eigene Skrupellosigkeit nicht nur legitim, sondern geradezu erfordert. Hieran läßt sich illustrieren: Im Regelfall reicht es halt nicht hin, den Menschen zu sagen, was sie nicht tun sollen. Ihnen ist auch noch zu sagen, was sie tun sollen. Wohl wissend, daß in einer offenen Gesellschaft in weltanschaulicher Hinsicht keine Befehle erteilt, sondern nur Überzeugungen vermittelt werden können.

Alle diese Aufgaben können nicht von einem einzigen Veranstaltungstermin im Jahr wahrgenommen werden. Es ist ein Arrangement – und zwar ein beständiges Arrangement – von Daten und Thematisierungen erforderlich. Nicht nur dem Inhalt, sondern auch der Vermittlungsform nach. Eine bloß analytische Vermittlung, die nicht emotional eingeübt und verankert wird, reicht nicht. Auch emotionale Identifikationskomponenten – Musik, Film und Kultur usw. – sind in die eigene Arbeit zu integrieren.

Zudem ist, wenn nicht bloß, wie in erheblichen Teilen der Linken gang und gäbe, mit der alternativen *hate site*, gearbeitet werden soll, die positive Identifikation in den Vordergrund zu stellen. Diesem ungewohnten Gedanken kommt auf dem Hintergrund der deutschen Geschichte und spezifischen

Formen ihrer kritischen Verarbeitung – von der deklarierten oder nichtdeklarierten Selbstüberhöhung zur deklarierten oder nichtdeklarierten Selbstverachtung (Ferienspruch, gehört anno 1973: Dolce vita, nicht deutsche Vita!) – eine besondere Bedeutung zu. Bei allen aktuellen Problemen der Republik kann eine positive Identitätsvermittlung an Heranwachsende und junge Erwachsene nur geleistet werden, wenn neben das negative Gedenken auch ein positives tritt. Nur, wenn jemand weiß, wofür er eintritt, wird sein Engagement dauerhaft sein. Dieser Gedanke wurde in den Fußnoten zum Handlungskonzept 2001 – 2005 schon angeschnitten.

- 5 **Positives Gedenken:** Zwei Gedenktage wurden unter diesen Gesichtspunktspunkten als vorrangig ins Auge gefaßt. Bezüglich der positiven innerstaatlichen Verarbeitung wurde der Verfassungstag, der 23. Mai – zu begehen mit einem Fest der Freiheit – ausgewählt; bezüglich der in der Nachkriegszeit realisierten geopolitischen Alternativen zum Nationalsozialismus, der Europa-Tag. Hier kann der Stand der Aktivitäten nur kurz zusammengefaßt werden. Bezüglich des Europatages wurden neben einer kleineren vorbereitenden Veranstaltung zwei Veranstaltungen mit Europaabgeordneten ... in Duisburg organisatorisch unterstützt.

Mehr Aufwand, mit letztlich weniger unmittelbarem Ergebnis wurden auf das „Fest der Freiheit“ ... gerichtet. Über das Stadium der positiven Propagierung einer Idee ist die RAG noch nicht hinaus gekommen. Wertet man jedoch die im Ausgangspunkt vorhandenen Vorbehalte – wiederum unausgesprochen: rechte Ideen – kann man mit dem Zwischenergebnis zufrieden sein. Ein derartiger Vorlauf war auch bei den anderen Segmenten wie z. B. dem 27. Januar selbst – schließlich ist dieser Tag im Jahre 2000 noch als „Anschlag“ von Roman Herzog auf den 8. Mai wahrgenommen worden – zu absolvieren. Positiv für die Folgejahre dürfte sich die Bilanz des Straßenfestes (fast nur Laiengruppen) der Europaunion Duisburg auswirken. Erfahrbar wurde, daß derartige Feste kein Flop sein müssen. Zu ergänzen wäre an dieser Stelle, daß gerade das Fest der Freiheit auch Möglichkeiten zu einer bewußten konstruktiven Traditionspflege bieten würde. Auch wenn es den Protagonisten vor Ort nicht bekannt war, handelt es sich konzeptionell um eine Wiederaufnahme des Konzeptes der Verfassungsfeiern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

- 6 **Ergänzungsbedarf:** Während der bisher vorgestellte politische Kalender – 27. Januar, 9. Mai, 23. Mai, 17. Juni – mutatis mutandis schon im Arbeitsprogramm von 2000 beinhaltet war, so ergeben die Erfahrungen in einer Stadt mit hohem Zuwandereranteil in der Bevölkerung einen in der Öffentlichkeit übergangenen Bedarf an politischer Bildungsarbeit. Nicht nur radikalisierte Migrantenjugendliche, sondern auch arrivierte naturalisierte Deutsche (so Vural Öger im Chrismon-Interview) nehmen sich faktisch aus dem Verantwortungszusammenhang für die deutsche Geschichte heraus. Entsprechend unbefangen verhalten sich diese Jugendliche gegenüber autochthonen Rechtsradikalismen, hin bis zur Neigung von Teilen arabisch- oder türkischstämmiger Jugendlicher, die Nationalsozialisten nur „konstruktiv“ zu kritisieren.

Die Bedrohungen, die sich für unsere Gesellschaft und unseren Staat aus der zeitverzögerten Modernisierung in vielen Ländern der sogenannten Dritten Welt ergeben, werden am offensichtlichsten am Beispiel des muslimischen Djihadismus. Genannt werden könnten aber auch Hindu-Extremismus, ... Diese Gefahren sind anders als bisher gewohnt, nicht bloß als externe, sondern aufgrund der Wanderungsbewegungen der letzten Jahre und der neuen Stellung der Bundesrepublik als Einwanderungsland auch als interne zu begreifen. Exemplarische Problemlagen ließen sich dauerhaft gesehen am besten am 10. Dezember – dem Tag der UN-Menschenrechtsdeklaration – aufwerfen. Mit der so gewonnenen dreifachen Feindbestimmung – Faschismus, Bolschewismus und (monarchistische) Reaktion – ließe sich ebenfalls an die Tradition der wehrhaften Demokratie der 20er Jahre, an die Tradition des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold anschließen und ein positives Kontinuitätsbewußtsein bilden.

- 7 **Exemplarische Bedeutung des Konzeptes:** Die Bedeutung des bisher vorgestellten Konzeptes dürfte in seiner jederzeitigen dezentralen Multiplizierbarkeit und in seiner weitgehenden Konjunkturunabhängigkeit liegen. Multiplizierbar ist ein solches Konzept, weil, selbst im Falle einer inhaltlichen Koordinierung – welche Jahrestage oder Inhalte werden in welchem Jahr in den Vordergrund gestellt – die Aufnahme solcher inhaltlichen Zentralisierungen oder deren konkrete

Ausgestaltung nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse vorgenommen werden kann. Konjunkturunabhängig ist die Anlage, weil sie auf letztlich unpräzise Formen, einige wenige Veranstaltungen im Jahr, zurückgreift und letztlich darauf setzt, in einem bestimmten Spektrum einen bestimmten inhaltlichen Mindestkonsens zu organisieren, der über die konkreten Anlässe hinaus Tragfähigkeit entwickelt. Dazu gehört auch, daß man sich auf diesen Veranstaltungen schon einmal Meinungen anhört, die nicht die eigenen sind, ohne sich direkt zurückgesetzt zu fühlen.

Konjunkturunabhängigkeit wird aber in den nächsten Jahren zu einem entscheidenden Erfolgskriterium werden. Wurde in der eingangs aufgerufenen Anlage ... ein Text mit dem Titel *Muß das denn schon wieder sein? Wir können es nicht mehr hören!* veröffentlicht, so ist ergänzend der damalige Adressat zu nennen. Es war die liberale und linke Intelligentsia, die sich vor der neuen Konjunktur auch schon vom Thema verabschiedet hatte, zwischenzeitlich den *Kampf gegen Rechts* zum moralischen Pflichtprogramm ausrief, um nun wiederum sich irritiert zurückzulehnen. Gerade in diesen Kreisen, die wegen ihrer parteipolitischen Instrumentalisierungen – der Feind ist nicht die gesamte politische Rechte, sondern die antidemokratische Rechte – selber extrem labil auf die Zeitläufe reagiert, ist ein Bewußtsein um die Daueraufgabe zu schaffen – und dies geht nur, wenn ein weiterer Gedanke vermittelt wird: Keine Gesellschaft löst ihre Probleme, wenn sie in einer vergangenheitsorientierten Nabelschau versinkt – sie löst ihre Probleme, wenn sie sich den Problemen von heute und den Gefährdungen der Zukunft stellt. Die Lehren der Geschichte veranschaulichen die zu berücksichtigenden Handlungsschranken.

Sind diese Funktionsbestimmungen verstanden, werden auch die immanenten Grenzen der eigenen Bildungsarbeit verständlich: Die Dosis macht das Gift. Genauso wie Digitalis heilen wie töten kann, kann die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte Unbegriffenes begreifbar machen oder das Unbegriffene zu neuem Leben erwecken.

- 8 **Ausbaumöglichkeiten:** Die Entwicklungsmöglichkeiten eines solchen Handlungskonzeptes bestehen in zwei Richtungen. In der Breite ist es möglich, mit relativ geringen Ressourcen Unterstützung für eine stabile lokale Praxis zu geben (Referentendienste, Standardankündigungen, Mustereinladungen usw.), in die Tiefe schaffen diese sich die Voraussetzungen, um aus stabilen Kooperationsbeziehungen heraus unter akuten Handlungszwängen tätig werden zu können.

In beiderlei Hinsicht ist Duisburg u. E. ein gelungenes Beispiel. Bei den letzten Veranstaltungen zum 27. Januar gelang es, innerhalb von zwei Tagen zwei Veranstaltungen mit jeweils ca. 200 Teilnehmern durchzuführen, bei einer maximalen Überschneidung von 50%, also einer Integrationsbreite von ca. 300 Personen. Ohne einen Ausbau der Bündnisstruktur, die inzwischen das gesamte demokratische Spektrum umfaßt, in den letzten drei Jahren wäre dies nicht möglich gewesen.

Für die sogenannten Neuen Bundesländer beständen die erkennbaren Vorzüge einer solchen Konzeption nicht nur in der überschaubaren Handlungsdimensionierung, sondern gerade auch in der dreifachen Feindbestimmung, deren innere Dringlichkeitsabsetzung jederzeit deutlich werden kann. Gerade durch die offensive Thematisierung auch der „linken“ Untaten werden bestimmte „rechte“ Immunisierungen unterlaufen, gerade wegen der nichtrassistischen, universalistischen Thematisierung von Fehlentwicklungen in der sog. Dritten Welt lassen sich rassistisch-nationalistische Reaktionen von deutscher Seite eingrenzen. Hier ergänzende Hilfestellung zu geben, damit die offensichtlichen handwerklichen Fehler nicht gemacht werden, könnte trotzdem erforderlich werden.

Die Freiheitsgeschichte Deutschlands: *Das andere Deutschland*

Deutschland hat in kaum 200 Jahren in mehreren Umwälzungen den Umbruch von einer zerstückelten Kleinstaaterei mit mehr oder weniger despotischen Herrschaften auf agrarischer Basis hin zu einem modernen Industrieland mit einem freiheitlich-demokratisch organisierten Staatswesen mehr erlitten als erkämpft. Auch wenn die Deutschen – oder besser die Mehrheit der Deutschen unter Einschluß von relevanten Teilen der Eliten – ihre Freiheit letztlich verspielt hatten, so heißt dies nicht, daß es keine Freiheitsgeschichte der Deutschen gibt.

Den Bogen zu spannen und auch für junge Menschen anschaulich und nachvollziehbar auszugestalten, bleibt eine beständige Aufgabe. Mit den Worten von *Joachim Gauck: Ein Widerstand von dem man nicht erzählt, war für die Katz*. Dabei liegen in der Dokumentation und Vermittlung von Widerstand, in der Vermittlung der eigenen Freiheitsgeschichte die eigentlichen politischen und pädagogischen Möglichkeiten. Aus einem Schreiben an die Schulleiter in den Städten Düsseldorf, Duisburg, Mülheim und Oberhausen:

Schwerpunkt unserer regionalen Arbeit ist die Auseinandersetzung mit dem fatalen Erbe des Nationalsozialismus, insbesondere durch kontinuierliche Aktivitäten zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, dem 27. Januar. Daneben setzen wir uns auch beständig mit den anderen Formen despotischer Herrschaft auseinander. Nicht zuletzt aus jugendpolitischen Gründen haben wir ein starkes Gewicht hierbei darauf gelegt, ein Bewußtsein um die positiven Traditionen des *anderen Deutschland* während der Weimarer Republik, in Exil und Widerstand zu pflegen. Positive Botschaften orientieren präziser als negative – jemand, der weiß, was er nicht tun soll, weiß nicht zwingend, was er tun soll.

Mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen haben wir in den letzten Jahren uns diesem Komplex gewidmet. Zwei Veranstaltungen waren im letzten Jahr dem 20. Juli gewidmet, neben der Veranstaltung am 27. Januar fand am 20. Juli 2004 selbst in der Salvatorkirche eine Gedenkveranstaltung mit 70 Teilnehmern statt. Unter dem Titel „Widerstehe – Gedenken zum 20. Juli 1944“ wurden Zeugnisse von *Dietrich Bonhoeffer, Alfred Delp, Helmuth James Graf von Moltke, Carl Goerdeler, Albrecht Haushofer u.a.* und Dokumenter jener Zeit gelesen von *Hans-Joachim Barkenings, Okko Herlyn, Irina Scholten* und *Harald Stecker*. An der Orgel spielte *Uwe Maibaum*.

Der Schwerpunkt der eigenen Aktivitäten wurde in einer Presseerklärung vom Juli 2003 so für die nähere Zukunft zusammengefaßt:

Zwei Wanderausstellungen zur **Geschichte des anderen Deutschland** werden ab Anfang 2004 in ... Schulen des Rhein-Ruhr-Gebietes gezeigt werden. Es sind die Ausstellungen

- 75 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
- Deutsche Intellektuelle im Exil.

Der thematische Zusammenhang beider Ausstellungen sei kurz erwähnt, denn er ist weitgehend in Vergessenheit geraten: Das **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**, gegründet am 22. Februar 1924 in Magdeburg, war die Republikschutzorganisation der „Weimarer Koalition“. Es wurde getragen von SPD, DDP (Freisinnigen) und Teilen des Zentrums. Das Reichsbanner organisierte den Schutz von Wahlveranstaltungen, Einrichtungen und Personen, aber auch von Wahllokalen, vor den

republikfeindlichen Parteiarmeen der 20er Jahre. Während seine Gegner, der „Stahlhelm“, die SA der NSDAP und der Rotfrontkämpferbund der KPD, heute noch vielfach bekannt sind, wurde die Geschichte des demokratischen Widerstandes weitgehend dem Vergessen überlassen. So ist es auch kaum bekannt, daß der erste Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Karl Arnold (CDU), vor der „Machtergreifung“ dem Reichsbanner angehörte.

Ebenso wurde die Bedeutung der Emigranten für den Wiederaufbau des demokratischen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg bisher keiner angemessenen Würdigung unterzogen. Wer an das andere Deutschland denkt, findet auch die Namen des neuen Deutschland: Thomas und Heinrich Mann oder Stefan Zweig. Was damals im Ausland unter den Intellektuellen Rang und Namen hatte, fand sich nach 1933 in der „**Deutschen Akademie im Exil**“ wieder – organisiert wurde diese nicht zuletzt von jungen Aktivisten des **Reichsbanners**, namentlich dem Zentrumsmitglied **Hubertus Prinz zu Löwenstein** mit Unterstützung von **Volkmar von Zühlsdorff**. ...

Angedacht sind neben der Präsentation der Ausstellungen und Veranstaltungen mit Zeitzeugen, auch Filmvorführungen und Lesungen. Hier wird die Zusammenarbeit mit Verlagen, Buchhandlungen und Programmkinos gesucht werden. Ein besonderes Augenmerk soll in der Ausgestaltung dem lokalgeschichtlichen Bezug gewidmet werden: Mitglied der „Deutschen Akademie im Exil“ war unter anderem auch *Helmut Hirsch*, späterer Honorarprofessor an der Universität Duisburg. So waren aber auch drei der vier am 2. Mai 1933 in Duisburg ermordeten Gewerkschafter Mitglied des Reichsbanners: *Emil Rentmeister*, *Michael Rodenstock* und *Julius Birck*.

Deutsche Intellektuelle im Exil – Der vergessene Widerstand

Die Wanderausstellung des Deutschen Exilarchivs 1933 – 1945 der Deutschen Bibliothek „*Deutsche Intellektuelle im Exil - Ihre Akademie und die „American Guild for German Cultural Freedom“*“ dokumentiert einen der bedeutenderen Organisationsversuche von deutschen Exilanten. Die Bedeutung läßt sich anhand der im Kasten wiedergegebenen Namensliste der Senatoren und Mitglieder erfassen.

Senatoren und Mitglieder der

Deutschen Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil

Hannah Arendt / Karl Barth / Albert Bassermann / Maximilian Beck / Elisabeth Bergner / Arthur Bodanzky / Bert Brecht / Hermann Broch / Max Brod / Adolf Busch / Ernst Cassirer / Alfred Döblin / Albert Einstein / Lyonel Feininger / Ernst Ferrand / Lion Feuchtwanger / Ernst Fraenkel / Heinrich Fränkel / Bruno Frank / Leonard Frank / Sigmund Freud / Lotte Goslar ,/ Max Graf / Oskar Maria Graf / Walter Gropius / John Heartfield / Eduard Heimann / Hans von Hentig / Friedrich Hertz / Kurt Hiller / Paul Hindemith / Helmut Hirsch / Arnold Höllriegel / Karl Hofer / Hanya Holm / Bronislaw Hubermann / Richard Höningwald / Erich von Kahler / Alfred Kantorowicz / Hugo Kauder / Hermann Kesten / Irmgard Keun / Paul Klee / Otto Klemperer / Friedrich J. Kiesler / Egon Erwin Kisch / Annette Kolb / Erich Korngold / Siegfried Kracauer / Ernst Krenek / Fritz Lang / Arne Laurin / Emil Lederer / Otto Lehmann-Russbuedt / Rudolf Leonhard / Leopold Lichtwitz / Julius E. Lips / Rudolf Lopschitz / Heinrich Mann / Thomas Mann / Siegfried Marck / Ludwig Marcuse / Walter Mehring / Erich Mendelsohn / Robert Musil / Laszlo Moholy-Nagy / Alfred Neumann / Robert Neumann / Georg Friedrich Nicolai / Rudolf Eugen / Erwin Panofsky / Erwin Piscator / Alfred Polgar / Edith Porada / Max Reinhardt / Ludwig Renn / Mies van der Rohe / Joseph Roth / Hans Sahl / Rene Schickele / Anna Seghers / Rudolf Serkin / Renee Sintenis / Bessie Schönberg / Wilhelm Speyer / Paul Schrecker / Ernst Schroedinger / Hans Staudinger / Leopold Stokowski / Paul Tillich / Jesse Thoor / Ernst Toller / Fritz von Unruh / Veit Valentin / Ignaz Waghalter / Bruno Walter / Ernst Weiss / Franz Werfel / Paul Zech / Hermynia zur Mühlen / Arnold Zweig / Stefan Zweig

(Quelle: Volkmar Zühlsdorff, Deutsche Akademie im Exil – Der vergessene Widerstand, Umschlagseite 4)

Für eine Unterstützung dieses Projekt sprachen neben seiner inhaltlichen Bedeutung, die politische und intellektuelle Breite des damaligen Integrationsversuches, die erkennbare Mittlerfunktion zwischen dem Vor- und Nachkriegsdeutschland sowie die sehr gute Aufbereitung durch die deutsche Bibliothek (siehe pädagogische Empfehlung im Kasten).

Deutsche Intellektuelle im Exil – Der vergessene Widerstand *Pädagogische Empfehlung für den Unterricht*

Die Schriftsteller **Ernst Weiß** und **Anna Seghers** sowie der Philosoph **Ernst Bloch** sind drei Beispiele für hunderte von Exilanten, die Mitte bis Ende der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts von der **AMERICAN GUILD FOR GERMAN CULTURAL FREEDOM** unterstützt wurden.

Ihr Schicksal wird in der Ausstellung „**DEUTSCHE INTELEKTUELLE IM EXIL: Ihre Akademie und die „American Guild for German Cultural Freedom“**“ in den größeren Zusammenhang 'Fruchtbare und freundschaftliche deutsch-amerikanische Beziehungen trotz Nazi-Terrors und Totalitarismus' gestellt, wobei hier Prinz Hubertus zu Löwenstein und Volkmar von Zühlsdorff unermüdlich für die Unterstützung und Hilfe für alle deutschen Intellektuellen, Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, geworben haben, die den Nationalsozialismus ablehnten und sich im Ausland für die Tradition geistiger Freiheit und wertfreier Schöpferkraft in Künsten, Wissenschaft und Technik einsetzten.

Traditionen der Deutschen Akademie im Exil, deren langjähriger Präsident **Thomas Mann** war, bildeten in der Nachkriegszeit eines der geistigen und humanistischen Fundamente für die langfristige Erneuerung Deutschlands auch auf seinem Wege zu einem geeinten Europa.

Ein Besuch der Ausstellung lohnt sich sehr für Schüler der 10. bis 13. Klasse aller Schulformen. Sie ist ein anschauliches historisches Beispiel für konstruktive interkulturelle Zusammenarbeit zur Bewahrung und zum Schutze humanistischen Gedankenguts und kultureller Werte.

Dr. T. Hergt, Steinbart-Gymnasium Duisburg

Auf diesem sehr günstigen Hintergrund ließ sich ein breite Veranstaltergemeinschaft

Veröffentlichungen: Wegen der positiven Resonanz auf die Themen- und Fragestellungen und um die Durchführung in anderen Städten zu erleichtern, wurde entschieden, die Duisburger Veranstaltungen sorgfältig zu dokumentieren. In Vorbereitung sind folgende Medien:

CD 1 Deutsche Intellektuelle im Exil – Eine Audioeinführung

Ihre Akademie und die „American Guild for German Cultural Freedom“ – *Audioeinführung* in eine Wanderausstellung des Deutschen Exilarchivs 1933 – 1945 der Deutschen Bibliothek

- *Einführung* von Dr. Brita Eckert, gesprochen von Wolfgang Schwarzer (*Deutsch-Französische Gesellschaft Duisburg e.V.*)
- *Abenteuer Freiheit - Zielsetzungen und Erfahrungen der Akteure*, Vortrag von Dr. Volkmar Zühlsdorff (*ehemaliger Geschäftsführer der Deutschen Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil*) (Mitschnitt)

CD 2 Denk ich an Deutschland in der Nacht ...

Deutsche Emigranten in Frankreich und Amerika - Lesung und Kommentar mit Texten und Zitaten von Bertolt Brecht, Lion Feutwanger, Leonhard Frank, Heinrich Heine, Alfred Kantorowicz, Hermann Kesten, Heinrich Mann, Josef Roth, Anna Seghers, Kurt Tucholsky, Max Zimmering u.a.; erstellt und gesprochen von *Wolfgang Schwarzer (Deutsch-Französische Gesellschaft Duisburg e.V.)*

Dokumentation: „Nur deutsch zu sein, war noch nie deutsch!“

Folgende Beiträge stehen als Manuskript zur Verfügung:

- *Brita Eckert*, Einführung in die Wanderausstellung „Deutsche Intellektuelle im Exil“
- *Volkmar Zühlsdorff*, Abenteuer Freiheit - Zielsetzungen und Erfahrungen der Akteure
- *Wolfgang Schwarzer*, Denk ich an Deutschland in der Nacht ...
- *Konstanza, Prinzessin zu Löwenstein*,
- *Claudia Albert*, Das schwierige Handwerk des Hoffens, Hans Eislers „Hollywooder Liederbuch“ (1942 / 43)

Als ein Hindernis für den Einsatz im Schulbereich hat sich die Konzentration der Ausstellung auf die organisierende Leistung der American Guild herausgestellt. Die Bedeutung vieler Personen, auch für die Nachkriegszeit, ist unter junger Menschen nicht mehr so bekannt, wie noch vor zwanzig Jahren. Eine weitere Veröffentlichung soll hier als ein *work in progress-Projekt* Abhilfe schaffen. Schritte zum Aufbau einer Finanzierung sind eingeleitet.

CD-Rom Werkverzeichnis der Intellektuellen im Exil

Texte, Filme Kompositionen, Bauwerke

Zu erstellen Zusammenarbeit mit interessierten Schulen

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“

- Bedeutung: Die wichtigsten Angaben zur Republikschutzorganisation *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* sind vorab schon genannt (siehe Seite 22f) genannt. Weitergehende Erstinformationen sind dem Ausstellungskatalog der *Gedenkstätte Deutscher Widerstand* zu entnehmen. Die Bedeutung des Reichsbanners liegt in dem historischen Beweis, daß die Weimarer Republik nicht kampflos untergegangen ist, daß es kämpferische Demokraten gab, denen es jedoch an entscheidenden Zeitpunkten an Unterstützung fehlte. Linksextremen Legendenbildungen aus den 70er Jahren, die heute immer noch im für kritische Jugendliche nicht unattraktiven autonomen Spektrum präsent sind, kann so der Boden entzogen werden.
- Modernität: Relevant an der Ausrichtung der wehrhaften Demokratie des *RB Schwarz-Rot-Gold* ist die dreifache Feindbestimmung: Faschismus, Bolschewismus und Reaktion. Unter den heutigen Verhältnis ist dies inländischer Rechtsextremismus, traditioneller Linksextremismus und Islamismus. Aus einer Unterlage des AK „Erinnern und Begreifen“:
- Grenzen: Die Vermittlungsproblematik dieses bedeutendsten Beitrags zur Verteidigung der Weimarer Republik liegt weder in der oben skizzierten innenpolitischen Haltung, noch in den geopolitischen Konzepten (die SPD der späten 20er Jahre befürwortete die *Vereinigten Staaten von Europa*, Löwenstein in anderen Formulierungen ein *europäisches Reich*), sondern in den heute fremd klingenden und als „rechts“ verorteten deutschlandpolitischen Vorstellungen. Das Reichsbanner war wie die weit links stehende österreichische Sozialdemokratie *großdeutsch* – damals noch kein den Rechtsextremen zuzuordnendes Konzept – orientiert. Ferner ist die politische Kultur des RB – paramilitärisch auftretender Männerbund auf dem Hintergrund der Weltkriegserfahrung – der Zivilgesellschaft von heute substantiell fremd.
- Erklärungsbedarf: Der Arbeit mit Originalmaterialien sind damit enge Grenzen gesetzt. Ohne ergänzende Erläuterungen und Informationen werden bei jungen Menschen sehr schnell Fehlschlüsse und Fehlorientierungen nahegelegt. Um diese zu vermeiden ist der Zeitkontext über die knappen Schulbuchkenntnisse zu rekonstruieren. Gelingt dies, dürfte jedoch eine Vermittlungsintensität erreicht werden, die sonst selten ist.
- Experiment: Der RAG Rhein-Ruhr West steht die weitgehend aus fotokopierten

Originalmaterialien bestehende ehemalige Wanderausstellung „75 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ zur Verfügung. Nach einer erforderlichen Instandsetzung soll diese im Rahmen eines Experimentes für Unterrichtszwecke eingesetzt werden. Gedacht ist daran, mit Schülergruppen aus der Region Fragestellungen zu entwickeln – z. B.: Was und wer war großdeutsch? Was und wer war sozialistisch? – und für diese Frage eigene Plakattafeln zu entwickeln. Auf diese Weise könnte als *work in progress* eine Ausstellung entstehen, deren Ausgangspunkt Fragen von heute an die Geschichte sind – und nicht bloß die erwünschten Antworten der Erwachsenen.

Aktivitäten: Die RAG Rhein-Ruhr West hat neben Anstrengungen das Thema, vor allem gegen altlinke Widerstände salonfähig zu machen, mehrfach Schülerveranstaltungen des Traditionsvereins *Bundesverband „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Bund aktiver Demokraten e.V.“* organisatorisch unterstützt bzw. mit veranstaltet.

- **Städtisches Mercator-Gymnasium Duisburg am 23. Juli.** Beteiligte: *Hans Bonkas (geschäftsführender Bundesvorstand), Bürgermeisterin Monika Busse.*
- **Städtisches Gymnasium Warstein am 17. Sept. 2003.** Referenten: *Dr. Volkmar Zühlsdorff (Bundesvorsitzender), Hans Bonkas (geschäftsführender Bundesvorstand)*
- **Theodor-Fliedner-Gymnasium(Düsseldorf) am 16. Nov. 2003.** Referent: *Hans Bonkas (geschäftsführender Bundesvorstand)*
- **Lore-Lorentz-Schule Düsseldorf am 14. Dezember 2004.** Schülerveranstaltung mit *Hans Bonkas.*
- **Lore-Lorentz-Schule Düsseldorf am 14. Januar 2004.** Schülerveranstaltung mit *Hans Bonkas.* Im Anschluß: Podiumsdiskussion mit *Ministerpräsident Peer Steinbrück, Bundestagspräsidentin a. D. Annemarie Renger* und *Hans Bonkas (Vorsitzender RB Schwarz-Rot-Gold).* Moderation durch Schulleiterin *Angelika Pick.* Thema: *80 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Schutz der Demokratie damals und heute.* Grußwort zur Verlesung von *Oberbürgermeister Jochen Erwin.*

Veröffentl.: Eigene Veröffentlichungen sind zur Zeit nicht geplant. Es kann jedoch erforderlich werden, für die Durchführung der Projekte Schlüsseltexte aus den 60er Jahren in kleinen Auflagen zur Verfügung zu stellen.

Gottfried-Könzgen-Archiv zur Geschichte der Duisburger Demokratie: Widerstand und Verfolgung von Demokraten in Duisburg

- Gegenstand:** Die Dokumentation von Widerstand ist in den letzten Jahren vor allem aus dem linken politischen Spektrum heraus betrieben worden. Ergebnis sind die beiden von der VVN herausgegebenen Bände „Tatort Duisburg“. Auch wenn die Bände sich nicht auf die Schilderung des Widerstandes *links von der SPD* reduzieren lassen und als örtliche Quelle unverzichtbar sind, fehlen vergleichbare neuere Anstrengungen aus dem Spektrum der Weimarer Parteien.
- Vorbild:** Der Band *Für Freiheit und Demokratie – Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand 1933 – 1945* hat neue Maßstäbe gesetzt. In zwei Teilen werden anhand von 98 Einzelschicksalen (Biographische Skizzen) sachliche Bögen von der Weimarer Republik, über Verfolgung und Widerstand hin zum Wiederaufbau der Demokratie nach 1945 gespannt und damit politische Kontinuität erkennbar. In einer *Liste der politisch verfolgten Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten 1933- 1945*, auf einem elektronischen Datenträger auch jederzeit statistisch auswertbar, von 298 Seiten (mit etwa 6 bis 7 Personen pro Seite) wird die Repression nach Intensität und Extensität dokumentiert. Verdeutlicht man sich den Umfang, dann ist die während des Krieges immer noch vorhandene Widerständigkeit eher erstaunlich als die Verwunderung über die Tatenlosigkeit der meisten anderen. Bevor das große Morden begann, waren die Zentren einer möglichen Opposition auf Massenebene systematisch zerschlagen worden.
- Die Aufgabe:** Vergleichbare Studien für den Rhein-Ruhr-Raum existieren bisher nicht. Ohne die Hamburger Studie kritisieren zu wollen, scheint es der RAG sinnvoller, ein derartiges Projekt in einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit anzugehen. Für uns bedeutet dies erst einmal: Sich mit den Duisburger Verhältnissen vertraut zu machen, die Arbeiten aus den 70er Jahren zur Germania-Brotfabrik, zum SAP-Widerstand u.a. wieder zugänglich zu machen und neue Quellen zu erschließen.

Arbeitsidee: Der 10. Mai als Tag der Geistesfreiheit

Ausgangspunkt: Regierungspräsident Jürgen Büssow übergab am 8. Juli 2004 auf Bitte der RAG Rhein-Ruhr West im Rahmen einer Abschlußveranstaltung der Ausstellung „Deutsche Intellektuelle im Exil – Der vergessene Widerstand“ im Wilhelm-Lehmbruck-Museum an acht Schulen aus Düsseldorf, Duisburg, Essen, Mülheim und Oberhausen gleichsortierte Bücherpakete im Gesamtwert von 10.000 Euro.

Pluralismus als Reichtum!

Die Stifter der „Bücheraktion“ vom 8. Juli 2004:

Büchergilde Gutenberg
Evangelische Kirche im Rheinland
Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB)
Heinrich-Böll-Stiftung
Friedrich-Naumann-Stiftung
Historisches Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung & J. H. W. Dietz-Verlag
Konrad-Adenauer-Stiftung
Hans-Böckler-Stiftung
Network on Urban Research in the European Union (N.U.R.E.C.)
Deutsches Exilarchiv 1933 – 1945 der Deutschen Bibliothek,
Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Bundesverband Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold / Bund aktiver Demokraten e.V.

Die Abfolge der Nennung entspricht dem Zeitpunkt der Anfrage / Zusage. Wir möchten uns an dieser Stelle noch einmal herzlich bei allen Unterstützern bedanken.

Fortführung: In der Auswertung wurde aufgrund der einhellig positiven Aufnahme dieser Spontanaktion – die Zusagen kamen binnen weniger Tage – die Idee geboren, eine vergleichbare Aktion zu verstetigen. Denkbar wäre eine jährliche Durchführung – ggfs. im Wechsel mit einer Veranstaltung im Raum Köln/ Bonn – mit einem bestimmten Ort und einem wechselnden Kulturprogramm. Die Ausgestaltung im Rahmen eines vorgegebenen oder selbst gestellten Themas könnte jeweils mit Sicht von einem Jahr an eine Schule übertragen werden.

Förderkreis: Zur Vermeidung einer Überbeanspruchung von vorhandenem *good will* wäre ein offen zu haltender Förderkreis, insbesondere von Unternehmen, aufzubauen, die damaligen Kontaktaufnahmen lassen eine positive Aufnahme sehr wahrscheinlich erscheinen. Denkbare institutionelle Ansprechpartner auf einem solche Wege wären der *Börsenverein des Deutschen Buchhandels* oder die *Stiftung Lesen*.

10. Mai: Am 10. Mai 1933 fand in Berlin die berüchtigte Verbrennung

„undeutschen“ Schrifttums statt. Die Ausgestaltung dieses Tages zu einem Tag der positiv mahnenden Erinnerung, zu einem Tag der Geistesfreiheit würde die Verpflichtung aufgreifen, die aus der deutschen Geschichte resultiert.

Aktualität:

An einem *Tag der Geistesfreiheit* ergäbe sich auch ein Raum für die Benennung von aktuellen Vorkommnissen in der heutigen Welt – ohne, daß aus einer kritischen Benennung von Fehlentwicklungen zum Beispiel in sogenannten „muslimischen“ Staaten westlich-rassistischer Dünkel abgeleitet werden könnte. So wäre die Erstellung eines Bandes / einer Ausstellung „Verbrannte Dichter II“ zum Schicksal der aufgeklärten Schriftsteller zwischen Kairo und Islamabad überfällig.

Arbeitsaufgaben: Pflege der bestehenden Denkmale & Gedenken an die namenlosen Opfer

Ausgangspunkt: Es wird immer wieder beklagt, daß eine Würdigung der Opfer des Nationalsozialismus im öffentlichen Raum nicht hinreichend erfolge, weitere Gedenksteine und Mahnmale zu setzen seien. Dieser Aktivismus – in der Konsequenz würden manchen das gesamte Stadtbild am liebsten Miniaturdenkmälern überziehen – übersieht die Fülle der inzwischen entstandenen Gedenkort und Denkmale im weitesten Sinne. Ihr Schicksal ist jedoch immer gleich – nach der Einweihung gilt: Aus den Augen, aus dem Sinn!

Ansatz: Bevor eine Inflation der Denkmale zu Ermüdung unter den Aktiven oder sogar zu Gegenreaktionen führt, läge es auf der Hand, die vorhandenen Denkmale zur Würdigung der Schicksale zu nutzen. Dezentral und über das ganze Jahr verteilt. Nicht jeder muß an jeder Gedenkfeier teilnehmen. Einzelne Schulen können benachbarte Denkmale pflegen, Schüler an Stichtagen Blumen oder einen Kranz niederlegen. Ein oder zwei Veranstaltungen dieser Art im Schülerleben schaden nicht. Es müssen auch nicht alle sein, zwei Klassen oder eine Stufe reichen. Namenspatrone können am Geburtstag gewürdigt werden, am Sterbetag kann eine Gedenkminute während des Unterrichts eingelegt werden (Walther-Rathenau-Berufskolleg!)

Ergänzung: Das hier gesagte, ist plausibel – für die bekannten und schon gewürdigten Opfer. Die meisten Personen fallen jedoch unter die Gruppe, die als Namenlose bezeichnet werden. Ihrer wird für gewöhnlich, selbst wenn Name und Schicksal bekannt sind, summarisch gedacht, an unterschiedlichen Gedenktagen für unterschiedliche Gruppen. Die Lösung, die jedoch im Falle des Berliner Holocaust-Mahnmales als nichtrealisierbar verworfen wurde, wäre auf örtlicher Ebene leistbar: Ein zentrales Denkmal mit den Namen aller bekannten *Todesopfer der nationalsozialistischen Zwangsherrschaft*.

Finanzierung: Finanzieren ließe sich ein solches Denkmal auf zwei Wegen. Einerseits kann eine Bausteinkampagne von Jugendlichen gedacht werden, andererseits lassen sich wie bei den Stolpersteinen „Patenschaften“ denken. Mit genügender Geduld, die Finanzierung wird nicht von heute

auf morgen aufzubauen sein, läßt sich Vollständigkeit anstreben. Zwecks Reduktion der Kosten sollte für die Erstellung und die Namensanbringung die Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Ausbildungswerkstätten gesucht werden. Der Künstlerwettbewerb wäre um der Ehre willen auszurichten. Größere Honorare sind nicht vorgesehen.

Vollständigkeit:

Eine vollständige Namensliste aller Opfer existiert bis heute nicht, für bestimmte Gruppen gibt es sehr präzise Überblicke, andere sind kaum erforscht. Zu denken wäre z.B. an die Opfer des ersten fabrikmäßigen Mordes, an die Opfer der „Euthanasie“. Hier Lücken zu schließen ist an der Zeit.

Ort:

Als Ort wurde in der RAG der Kaiserberg mit seinen „Heldendenkmal“, den Opfern der Materialschlachten im ersten Weltkrieg, vorgeschlagen. Gegen inhaltliche Bedenken sei darauf hingewiesen: Der sachliche Zusammenhang ergibt sich aus der Themenplanung zum 27. Januar für die nächsten Jahre. Zeit für den Austausch von Argumenten besteht von daher genug. Gegen räumliche Argumente – ein solches Mahnmal gehöre in das Zentrum usf., dort sei es versteckt – sei nur eingewandt: Bei der vorgeschlagenen Art der Erstellung wird jeder Duisburger mit dem Projekt konfrontiert sein. Wenn zudem seine Nutzung für die Aufklärungsarbeit der Zukunft organisiert wird, ist das dezentrale Denkmal wirksamer als ein zentrales – an dem die Menschen auch täglich achtlos vorbeilaufen werden. Mehr noch, die inhaltliche Mahnung, die in der Wahl des Ortes läge, wöge schwerer: Der Blick ist in die Zukunft zu richten – mit der Mahnung aus der Vergangenheit im Rücken!